

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags viermal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Elsaß u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 26 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 50b.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober dem Raum kostet 5.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das setzgebende Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Bezüge 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Bezüge in Wort-Anzeigen: das setzgebende Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Debatte über das Regierungsprogramm

Zustimmung der Regierungsparteien / Deutschnationale Kampfanfrage / Rathenau's Antwort

Unter großer Interessiertheit begann die gestrige Debatte des Reichstags. Das gilt gleichermaßen für die sorgsam abgelesene Rede des Rechtssozialisten Wels, als für den ihm folgenden Redner. Hatten die Rechtssozialisten ihren rechten Flügelmann vorgeschickt, der allerdings auch eine ablehnende Stellung zum Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung einnahm, so tat das Zentrum das Gegenteil und sandte seinen linken Flügelmann, den Abgeordneten Becker-Ursberg, als Sprecher vor. Beides ist symptomatisch. Die Entwicklung bei den Rechtssozialisten hat die Tendenz nach rechts, während das Zentrum den Anschein zu erwecken sucht, als ob es einen linksgerichteten Kurs zu steuern beabsichtigt.

Die Ueberflüssigkeit des Belagerungsstandes erkannte Wels zwar ausdrücklich an, für die Sondergerichte aber konnte er nicht die gleiche Konsequenz aufbringen, und noch bescheidener waren seine Ansprüche in bezug auf die Amnestie. Eine allgemeine Amnestie lehnen die Rechtssozialisten ab, sie soll angeblich nur gleichsam ein Reifenstein am Wege der Revolution sein und abgeschlossene Stadien bezeichnen. Das jetzige Stadium sei aber wegen der Haltung der kommunistischen Zentrale dafür nicht geeignet. Dieser Einwand ist wenig überzeugend. Er ist auch nicht der entscheidende für die Rechtssozialisten, die aus Furcht, die äußere Harmonie der Koalition zu stören, von jedem Versuch des Druckes der Massen auf die bürgerlichen Parteien der Koalition Abstand nehmen.

Das erste Zeichen der verzehrenden Wirkung der Koalitionspolitik: freiwillig gibt ein Teil der Arbeiterklasse den Kampf für elementare Rechte auf! Denn daß die Begnadigung, die die Rechtssozialisten in Aussicht stellen, nur ein ungenügender Ersatz einer Amnestie zu sein vermag und im schroffsten Widerspruch steht zu der allgemeinen Amnestie, die den Kapitalgebern gewährt worden ist, ist ohne weiteres einleuchtend.

Auch die Deutschnationalen hatten ihren Redner sorgsam ausgewählt: Ihr Sprecher, der bayrische Junker Edler von Braun, erscheint fälschlich der breiten Öffentlichkeit als unbelasteter Mann. Ihm wurde deshalb die Aufgabe übertragen, den zu steuernden Kurs der Deutschnationalen zu verschleiern. Seine außenpolitischen Betrachtungen, mit denen er begann, fanden nur geringes Interesse, selbst bei seinen eigenen Freunden. Lebhaft wurde erst ihre Unterstützung, als er die Geldbeutelfragen erörterte. Hier wurde die verwundbare Stelle, die tiefe Furcht vor der Belastung der Besitzenden, zum greifen deutlich. Wer aber geglaubt hatte, in diesem ehemaligen Staatssekretär des Kriegsernährungsamts eine mit Sachkunde und Objektivität ausgerüstete Persönlichkeit zu finden, wurde herbe enttäuscht. Unkenntnis und Unwahrheit waren die Eigenschaften seiner Rede. Natürlich kündigte er der Regierung wegen der beabsichtigten Verschärfung der Besteuerung, insbesondere aber wegen der doch nur sehr unklar angekündigten Heranziehung der Goldwerte, den allerhöchsten Kampf an. Nach der Art eines Cassenjungens entblödete er sich auch nicht, einen Appell an die übelsten antisemitischen Instinkte zu richten. Aber er hatte die Rechnung ohne seinen „Wirt“ gemacht. Wirt, der sich schon oft als gewandter Debattereder im Kampfe mit den Deutschnationalen erwiesen hatte, erteilte ihm eine so gründliche Abfuhr, daß die Deutschnationalen vor Entrüstung heftig aufstoben. Er wies ihm nach, daß er nicht einmal den Unterschied zwischen Einwohnerwehr und Ordeh in Bayern kennt, und daß er zur Diskreditierung der Wirtsch auch vor der Unwahrheit nicht zurückgeschreckt sei.

Vor Wirt hatte der Wiederaufbauminister Rathenau seine Jungferrede gehalten. Mit allgemeiner Spannung erwartet — angeblich will die Deutsche Volkspartei von seinen Erklärungen ihre Stellungnahme zur Regierung abhängig machen — erwies er sich nicht nur als ein guter Redner, sondern auch als ein Mann, der etwas zu sagen weiß und einen Standpunkt hat. Mit großer Wärme sprach er sich für die Verständigung mit Frankreich aus. Die Möglichkeit dazu habe ihn erst veranlaßt trotz vieler Bedenken das ihm angebotene Amt zu übernehmen. Frankreich sei es ernst mit dem Wiederaufbau, obwohl er ihm sehr schwer falle. Es wolle auch den Wiederaufbau gemeinsam mit Deutschland, denn aus eigenem reiche seine Kraft nicht aus, wie Rathenau an einigen, bisher unbekanntem Zahlen nachwies. Zwar habe es allein schon große Anstrengungen gemacht, gebrauche aber nun insbesondere unsere Hilfe bei der Wiederherstellung der zerstörten Häuser, Bergwerke und Fabriken und des landwirtschaftlich benutzten Bodens.

Was Rathenau über seine Absichten sagte, läßt erhoffen, daß er den großen Aufgaben, die gerade auf diesem

Gebiete gestellt sind, zu entsprechen versuchen wird. Er versicherte, daß er der Gefahr des Schiebertums und der Entstehung von Reparationsgewinnlern auf das energischste vorbeugen wolle und bekannte sich dann zu den bereits in seinen Schriften niedergelegten Gedanken über die Notwendigkeit einer Umgestaltung des Wirtschaftslebens. Wie diese Umgestaltung — die nicht der Sozialismus ist, wie wir ihn verstehen — aussehen soll, legte er nicht näher dar. Und man kann auch seine Worte, erst müsse das Wirtschaftsleben geheilt sein, ehe eine Umformung eintreten könne, reichlich vieldeutig und unzutreffend finden. Uns erscheint die Umformung des Wirtschaftslebens nach den Grundsätzen des Sozialismus die Voraussetzung für seine Heilung zu sein, und wenn wir auch nicht erwarten, daß eine Koalitionsregierung den Versuch dazu freiwillig machen wird, so wird ihr doch die Absicht der Erfüllung des Ultimatum der Entente keinen anderen Ausweg lassen. Genau so entschieden wie Wirt, sprach sich Rathenau für die Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber der Entente aus, was um so bedeutungsvoller war, als einer seiner letzten Artikel bei manchem einen anderen Eindruck hervorgerufen hatte. Mit großem Geschick widerlegte er aber die darauf bezüglichen Angriffe v. Braun's. Einen Sturm der Deutschnationalen, insbesondere Helfferichs, rief er hervor, als er die Erfüllbarkeit für durchaus gegeben erklärte, wenn nur die Besitzenden die entsprechenden Lasten auf sich nehmen würden. Hier hatte er die verwundbarste Stelle getroffen, und da in der Steuerfrage zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei nur ein kleiner, nicht erkennbarer Unterschied besteht, so dürfte allein dieser Auspruch entscheidend sein, damit die im voraus erfolgte Kampfanfrage der Kapitalisten die Haltung der Deutschen Volkspartei zum Kabinett Wirt bestimmt.

Nach Rathenau kam der Genosse Henke zum Wort. Klugartig verließ die rechte Seite des Hauses bis zu den Demokraten hin den Sitzungssaal. Von ihrem Standpunkt aus mit vollem Recht; denn die Rede Henkes war eine scharfe Anklagerede gegen die politische Unzulänglichkeit des Kabinetts, gegen die Sünden der Reaktion, gegen die Steuerscheu der bestehenden Kreise und die Notwendigkeit einer rückhaltlosen Verringerung der bisherigen inneren und äußeren Politik, Wahrheiten, die man ungern hört. Trotzdem sei die Unabhängige Sozialdemokratie bereit, die Taten der Regierung, die die Illusionen der Massen beseitigen und völlige Klarheit über die Unüberbrückbarkeit der Klassengegenstände schaffen werden, abzuwarten. Sie könne das um so mehr, als sie selber mit aller Energie darauf zu dringen beabsichtige, daß die Reichspolitik im Sinne der Forderungen der Arbeiterklasse beeinflusst werde.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 20 Min. durch den Präsidenten Pöhl eröffnet.

Nach Mitteilung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und nachdem die Regierung hat erklären lassen, daß sie die Interpellation wegen Oberhieseln, sowie die Interpellation Gallowig wegen Erlass der Ergänzungsprüfung für eine Reihe von Beamten in Würde beantworten werde, wird in die Beratung des Antrags vom Ausschuh für Volkswirtschaft betreffend

Erwerbslosenfürsorge

eingetreten. Der Volkswirtschaftliche Ausschuh beantragt: Erwerbslosen, die mehr als 26 Wochen arbeitslos sind, besondere Beihilfen zu gewähren, sie bei Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge besonders zu berücksichtigen und die in solchen Fällen gezahlten Zuschüsse höher zu bemessen als bei kurzfristiger Erwerbslosigkeit, im übrigen die Erwerbslosenunterstützung auch über 26 Wochen hinaus auszudehnen, wenn es nach Lage des Arbeitsmarktes zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich ist.

Berichterstatler Brandes (M. S. P.) stellt fest, daß der Ausschuh einstimmig hinter diesem Antrag steht. Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Besprechung der Regierungserklärung

Damit verbunden werden die Anträge auf Erlass einer Amnestie, Aufhebung des Belagerungszustandes und Aufhebung der außerordentlichen Gerichte.

Abg. Wels (S. P. D.): Die Annahme des Ultimatum hat die Spannung, die über der Welt liegt, ein klein wenig gelöst. Wir haben jetzt selten, wenn auch heintigen Boden unter den Füßen. Wäre das Ultimatum nicht angenommen worden, ständen jetzt Truppen der Entente im gesamten Ruhrgebiet, und Korsant wäre der unumstrittene Herrscher Oberhieslens. Die Regierung hat schwere Pflichten übernommen. Sie muß sie erfüllen. Eine Regierung, die sich der Verpflichtung entziehen wollte, wäre ohne weiteres erledigt. Die Bestrafung der Kriegsverbrecher scheint jetzt in Gang kommen zu wollen. Die Durchführung der Entwaffnung ist für die Regierung zwingendes Gebot. Wenn sie jetzt nicht energisch auch gegen Bayern eingreift, mühte durch Eingreifen der Entente der Bürgerkrieg auszubrechen. Aber immer noch wird weiter gearbeitet. Die ehemaligen Konservativen, die hinter diesem

Treiben stehen, sind zu einem aufs höchste beunruhigenden Element in Deutschland geworden. Zu einer allgemeinen Amnestie, wie sie von der Regierung verlangt wird, muß ein Reichsgesetz ergehen, wie es die Verfassung vorschreibt. Für ein solches Gesetz ist eine Mehrheit zurzeit im Reichstage nicht zu bekommen. Wir treten aber für eine Nachprüfung all der Urteile ein, die gegen politisch Irreführte gefällt worden sind. Auf wirtschaftlichem Gebiet liegt unsere Rettung allein in höchster Spararbeit und auf höchster industrieller Leistungsfähigkeit. Jollwirtschaftliche Voraussetzungen sind erforderlich, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Lasten, die die deutsche Volkswirtschaft zu tragen haben wird, müssen von den Trägern der Produktion und außerdem vom Handel getragen werden. Jeder Unternehmer wird aus seinen Geschäftsbüchern leicht feststellen können, daß die Preise seiner Waren gegenüber der Vorkriegszeit weit mehr gestiegen sind, als die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten.

Das französische Bürgertum wird zur Not schon begreifen, daß es Deutschland keine Werkstätten lassen muß, wenn es zahlen soll. Heute allerdings haben das noch nicht alle Kreise in Frankreich begriffen. Das Wirtschaftsabkommen mit Rußland begrüßen wir und erwarten eine lokale Ausführung.

Abg. Becker (Ztr.): Aus der Körperschaftsteuer kann bedeutend mehr herausgeholt werden als es bis jetzt geschehen ist. Ebenso aus der Börsensteuer. Auch die Kohlensteuer muß ausgebaut werden, um die Kohle an den Weltmarktpreis heranzubringen, weil ja jetzt die an die Entente zu liefernde Kohle bekanntlich nach dem Inlandspreis bezahlt wird. Wir sind bereit, zu prüfen, wieweit anstelle neuer Steuern Monopole treten können. Wenn es möglich wäre, die Branntweinsteuern der „neuen Reichen“, die erworben wurden in einer Zeit der größten Not fast des gesamten deutschen Volkes, verschwinden zu lassen, wäre das zu begrüßen. Soweit aber durch neue Steuerpläne Grund und Boden getroffen werden soll, liegt die Sache doch anders. Wohl soll nicht nur der Massenkonsum, sondern auch der produktive Besitz besteuert werden. Mit Genugtuung haben wir Kenntnis genommen von der guten Zuersticht des Reichsanzlers hinsichtlich der Entwaffnung. Die Entwaffnung darf nicht zum Bürgerkrieg führen. Eine allgemeine Amnestie, wie sie hier gefordert worden ist, ist nicht möglich aus dem Grunde, die mein Vorgesetzter hier dargelegt hat. Mit einigen Bemerkungen über Oberhieseln schließt der Redner.

Abg. Eder von Braun (Dn.): Der Reichsanzler hat sich nicht klar und bündig genug über sein Programm ausgesprochen. Warum hat die Regierung nicht auf die sofortige Aufhebung der Sanktionen bestanden? Warum ist sie in Oberhieseln nicht energischer gewesen? Ueber die internationalen Beziehungen hat sie sich mit keinem Wort geäußert. Seitdem das Ultimatum unterzeichnet, hat sich aufs neue gezeigt, daß auf England zu rechnen verfehrt ist. Das Ultimatum geht weit über das frühere Friedensoffert hinaus, das selbst von Müller-Franken als unmöglich bezeichnet und das von dem jetzigen Wiederaufbauminister Rathenau in schärfster Weise bekämpft wurde. Der Reichsanzler wird sich auch noch über

Seine finanziellen Pläne

eingehend zu äußern haben. Unsere Handelsbilanz war stets passiv. Sie jetzt aktiv zu gestalten, ist nur durch Steigerung der Volkswirtschaft möglich. Wenn man diese aber schon im ersten Jahre erschlagen will, um die Kosten aufzubringen, geht es schnell zu Ende. Wir glauben nicht an die Möglichkeit der Erfüllung des Ultimatum. Wenn Abg. Wels angedeutet hat, daß das internationale Großkapital an der Erhebung der Ausfuhrabgabe ein starkes Interesse habe, so kann man von einer solchen Abmachung nicht weit genug abrücken. Was die Steuerpläne anbelangt, so warne ich, die Mittelsteuer wie die Grundsteuer zu überspannen. Ein Blick in den Etat läßt befürchten, daß alle diese Steuern wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirken, zumal die Wuchergehegung durch die überfüllte Neuordnung in eine heillose Verwirrung geraten ist. Die Ernährungswirtschaft verlagert vollständig. Die landwirtschaftliche Produktion muß gefördert werden. Das ist eine Lebensfrage für Deutschland. Die sinnlose Anwendung des Aufskundentages muß ebenfalls beseitigt werden. (Lebh. Proteste auf der Bank.) Jede Neubelastung der Landwirtschaft muß zum Zusammenbruch führen. Für Oberhieseln hat die Regierung nichts als Worte gefunden. Mit der freiwilligen Entwaffnung der Einwohnerwehren ist jeder Grund gefallen, die Wehren aufzulösen. Sie verstoßen nicht mehr gegen den Friedensvertrag. Die bayerische Regierung hält an diesem Grundsatz fest. Wenn die Regierung gegen die Landwirtschaft gerichtete Pläne durchzuführen gedenkt, mag sie sich auf unsern Kampf gefaßt machen.

Wiederaufbauminister Dr. Rathenau:

Sie werden heute weder einen Bericht noch ein Programm von mir erwarten. Erst muß ich mich einleben in den neuen Aufgabebereich. Ich bin jetzt entschlossen, von diesem Aufgabebereich alles fernzuhalten, was auch nur von weitem an Schloßerei und Reparationsgewinne erinnert. Ich bin nach wie vor fest überzeugt, daß unser Wirtschaftsleben im Laufe eines Menschenalters erheblich umgestaltet sein wird, nicht nur bei uns, sondern auch in allen Ländern der Erde. Aber ich würde es für voreilig halten, eine allgemeine Reform des Wirtschaftslebens mit meinen Aufgaben zu verquiden. Der deutsche Körper ist viel zu krank, als daß es möglich wäre, ihn auf neue Lebensformen zu bringen. Man exerziert nicht im Feuer und auf der Nacht wechselt man nicht die Pferde. (Zuruf: Lebebour: Das ist ein Pferdewechsel auf der Flucht, wenn neue Männer in die Socken

kommen!) Aber es handelt sich doch nicht um Personenwechsel, sondern um die Frage, den kranken Wirtschaftskörper von unten herauf umzugestalten. Große wirtschaftliche Reformen dürfen erst dann eingeführt werden und versprochen erst dann erfolgen, wenn das Bewusstsein des Volkes sich auf diese Reform im Voraus eingestellt hat. Es ist endlich an der Zeit, diejenigen Wege zu finden, die uns mit der Welt näher zusammenbringen. Ich weiß, daß diese Politik von unserem Reichskanzler verfolgt wird. Ich wäre nicht in eine andere Koalition eingetreten, von der ich nicht die Überzeugung hätte, daß sie mit allen Kräften entschlossen ist, den Weg der Verständigung zu gehen. Man hat mir gesagt: seien Sie vorsichtig, den Franzosen ist es mit dem Wiederaufbau nicht ernst. Ich habe mich davon überzeugt, daß es ihnen damit ernst ist.

Die Franzosen müssen diesen Wiederaufbau wollen, weiß Frankreich ein überaus schwerer von Krieg getrocknetes Land ist. Es ist wahr, daß 3,3 Millionen Hektar Landes verlassen, gegen 70 000 Häuser schwer beschädigt, 300 000 vollkommen zerstört sind. Die Schulden in diesem Lande sind ungeheuer angewachsen. Es ist Tatsache, daß dieses Land eine Passivität der Handelsbilanz von 13 Milliarden Franken hat. Ein Land, das sich in dieser Lage befindet, muß den Wiederaufbau wollen, und zwar in Gemeinschaft mit uns. Daß aber Frankreich schon heute sehr beachtenswerte Anstrengungen gemacht hat, ergeben die Zahlen. Es ist dem französischen Wiederaufbauministerium gelungen, von den Lokalbahn und Brücken 60 Prozent wiederherzustellen, von der Landwirtschaft 50 Prozent, von den Fabriken 30 bis 40 Prozent, von den Bergwerken 6 Prozent, von den Häusern allerdings nur 2,5 Prozent. Daß ich die schwersten Bedenken wegen der Unterzeichnung des Ultimatums gehabt habe, ist dem Reichskanzler und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts bekannt. Ich habe diese Bedenken nicht gehabt wegen der Zahlen, von denen der Abgeordnete von Braun sprach, sondern wegen des Index. Diesen Index halte ich nach wie vor für das Fährste und Unglücklichste, das gegeben werden konnte. Ich bin fest überzeugt, daß schon heute auf der Gegenseite die gleiche Erkenntnis sich Bahn bricht. Und wenn man gewarnt hat, die Dinge dann aber gesehen sind, darf man sich dann zurückziehen und schmolzen und sabotieren? Sie sitzen ja auch hier (zur Rechten), nachdem der Schein untertrieben ist. (Zuruf: Es bleibt uns leider nichts anderes übrig! — Große Heiterkeit.) Wenn wir hier sitzen, so tun wir es doch nur, um dem Lande zu dienen. Und ich bin fest entschlossen, dem Lande zu dienen, vor Versailles wie nach Versailles und nach wie vor dem Ultimatum. Wer das Land verläßt, ihm nicht beisteht, dessen Ueberzeugung verleihe ich nicht. Die Not hätte ich auch gern vermieden, die kommen wird, wenn wir ehrlich erfüllen wollen. Es handelt sich jetzt lediglich darum,

wie tief man ein Volk in die Not geraten lassen kann.

Wenn ein Papier die Unterschrift meines Hauses, meines Namens oder gar die von Volk und Reich trägt, verteidige ich diese Unterschrift als meine Ehre und die Ehre meines Landes. Die Unerschütterlichkeit, von der ich sprach, liegt nicht in der Zahl der zwei Milliarden, sondern in der Härte des Index, und diese Härte kann gemildert werden. Ich halte es nicht für richtig, daß man sich auf den Standpunkt stellt, wir wollen mal sehen, wie weit wir kommen. Wenn man etwas sehr Schwieriges vor sich hat, dann muß man sagen: ich will unter allen Umständen. Ihnen ist der Quartetttag von Beethoven, der schwer geistige Entschluß, bekannt. Er beginnt mit schwachen Tönen und schließt mit einem entschiedenen und kraftvollen: Es muß sein! Wer nicht mit diesem: Es muß sein! an seine Aufgabe herantritt, wird immer nur halbe Töne zur Lösung aufbringen. Ich bin überzeugt, so schwer die Leistungen sein werden, die von unterm Wiederaufbau erwartet werden, an unserer Wiederaufbauleistungen wird sich das Vertrauen messen, das wir in der Welt wiedergewinnen. Man soll sich auch vergegenwärtigen, daß die Welt nicht zu 100 Prozent aus Chauvinisten besteht. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß die Welt lediglich aus 1500 Millionen Feinden besteht. Ich bin überzeugt, daß Millionen von Augen sich nach Deutschland richten in diesem Augenblick und fragen: was wird Deutschland machen? Wird Deutschland tatsächlich ein Leben der Erfüllung seiner Schuld führen oder nicht? (Zuruf: Es soll seine Würde wahren!) Die Würde des Schuldners ist, zu zahlen. (Zuruf rechts: Sklaverei! Gegenruf von der Linken: Durch Eure Schuld! — Große Unruhe im ganzen Hause. — Vizepräsident Nieber: Ich bitte, den Redner fortzuführen und nicht auf jeden Zwischenruf einzugehen. — Stürmische Heiterkeit.) Ich habe auf gar keinen Zwischenruf geantwortet. (Erneute Heiterkeit. — Ledebour: Das wäre ihr gutes Recht gewesen. — Vizepräsident: Auf jeden Zwischenruf zu antworten, ist nicht die Pflicht des Redners. — Erneute Heiterkeit.) Ich halte es für nötig, meine Aufgabe zu erfüllen. Sie ist nicht nur eine nationale, sondern eine Weltanfrage. Die Wunde am Körper Europas kann sich nicht schließen durch das Schwert, das sie geschlagen. Friede wird nicht eher in die Welt kommen, ehe sich die Wunde nicht geschlossen hat. Es handelt sich schließlich um eine von uns zu erfüllende Aufgabe. Sie enthält nichts Trennendes für unsere Parteien, unsere Berufe und unsere Stände. Zu dieser Aufgabe seien alle aufgerufen. Wir brauchen die Mitarbeit der Arbeiter, der Industriellen, der Landwirte und nicht zuletzt die des allen deutschen Handwerks.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Der Abgeordnete von Braun hat mir eine schwere Pflichtverletzung vorgeworfen, weil ich die Einwendungen der bayerischen Regierung gegen die Auflösung der Einwohnerwehren bei den Alliierten nicht unterstützt hätte. Es war meine Aufgabe, unter Wahrung der süddeutschen Eigenart (Zuruf links: Schöne Eigenart!), durch Rücksprache die Entlassung und Auflösung der Einwohnerwehren zu einer freiwilligen Tat zu machen. Und ich bin allen denen dankbar, die diesen Gedanken gefördert haben. Dieser Gedanke hat Fortschritte gemacht. (Zuruf: Aber nicht die Auflösung!) Welches ist die Auffassung der Alliierten? Sollten wir uns einer neuen Niederlage aussetzen? Ich habe keine Lust dazu. Die englische Regierung hat der bayerischen Regierung wissen lassen, daß sie zur Vermeidung des automatischen Eintritts von Sanktionen unabweislich erklären müsse, daß sie alle Begehren aufgeben werde. Der italienische und französische Vertreter in München sind angewiesen, sich diesem Schritt anzuschließen. Sie sehen also, daß wir nur das getan haben, was zur loyalen Erfüllung des Ultimatums gehörte. (Zuruf: Das ist Logik!) Logik ist, daß, wenn man das Ja gegeben hat, man den Inhalt des Ultimatums erfüllt. Ich lasse mich durch kein Wort dazu hinziehen, die Loyalität unserer Erklärung in irgendeinem Punkte abzuschwächen. (Große Unruhe rechts.) Der Abg. Wels hat sich mit der auffallenden Feier des Stagerat-Tages beschäftigt. Schon die Presseleistungen aus diesem Anlaß waren ungeheuerlich. Der Polizeipräsident von Berlin hat mich jedoch mitteilen lassen, daß sofort nach Bekanntwerden der Äußerung gegen die Redner ein Strafverfahren wegen Hochverrats eingeleitet ist. Wir werden das Ergebnis abwarten haben. Die Zeitungsmeldungen über große Militärtransporte nach Oberschlesien sind falsch. Es handelt sich um den Abtransport der in Berlin anwesenden bayerischen Reichswehr-Wachkompagnie, die zurücktransportiert wurde. Wir haben unsere Pflicht getan. Der Abgeordnete Braun hat gesagt, wir wollen nichts zu tun haben mit Maschinenfabriken des internationalen jüdischen Kapitals. Deshalb sehe er in der jetzigen Zusammensetzung des Kabinetts eine schwere Gefahr. Es war ein billiges Vergnügen, mir Mangel an Gedanken vorzuwerfen, ein noch billigeres Vergnügen ist es, den Gedanken eines vulgären Antisemitismus gegen Männer zu richten, deren Pflichterfüllung Sie dahin geführt hat, wo Sie heute stehen.

Abg. Henle (U. S. P. D.):

Die Rede des Reichskanzlers hat uns gestern höchst enttäuscht. Er hat sehr viel schöne Worte gebraucht von Freiheit, Gerechtigkeit, Verschämtheit, Verständigung, von sozialen friedlichen Aufgaben und dergleichen Dinge mehr. Wir müssen sagen, daß solche Worte in einer Zeit, wo der Klassenkampf sich außerordentlich verschärft und an Umfang zugenommen hat, geradezu verblüffend wirken müssen. Eine Regierung, die von Freiheit und Gerechtigkeit, von Verständigung, sozialer Gleichheit

Handlung und Verschönerung redet, hat die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, in erster Linie dafür zu sorgen, daß dieser schwindigen Justiz, die Tausende und Abertausende von Arbeitern in Zuchthäuser und Gefängnisse wirft, ein Ende bereitet wird. Obwohl eine Anzahl Anträge vorliegen, die die Beseitigung der Sondergerichte fordern, und trotzdem Ledebour gestern noch ausdrücklich darauf hingewiesen hat, hat sich der Reichskanzler mit keinem Worte darüber geäußert. Eine Regierung, die so an dieser brennenden Frage vorbeigeht, die darf sich nicht wundern, wenn sie, als von einer lächerlichen Majorität besessen, bei uns keine Unterstützung findet. In einem Moment, wo 1300 Jahre Zuchthaus, hunderte von Jahren Gefängnis über tausende von Arbeitern verhängt wurden, handelt eine Regierung leichtfertig, wenn sie über diese Forderungen einfach hinweggeht. Wir fordern

die Aufhebung der Sondergerichte

und die Einbringung eines Gesetzesentwurfes, das die weitestgehende Amnestie sichert. Wir wissen sehr genau, daß diejenigen, die die Stärke und Stütze der konterrevolutionären Kräfte darstellen, nicht nur in den Kreisen der Offiziere und Studenten, sondern in erster Linie auch in den Kreisen der rechtsprechenden Juristen zu finden sind. Während des Krieges haben Tausende und Abertausende von Proletariern die Politik der herrschenden Klassen geführt, und wir sehen heute, daß es nicht anders geworden ist. Bald wird wieder der Ruf erschallen, daß die Gefängnisse und Zuchthäuser nicht hinreichen, alle proletarischen Beurteilungen anzunehmen. Ein Amnestiegesetz ist daher unerlässlich, damit die Befreiung vieler, vieler wirklich schuldloser herbeigeführt wird. Es muß auch gefragt werden, ob die Regierung sich gar nicht vergegenwärtigt, daß die schuldlosen Angehörigen schwer unter der Verurteilung des Ernährers leiden. Wer sorgt für sie? Einstweilen ist es die Arbeiterschaft, sie leistet eine gewaltige Steuer, um ihre Klassengenossen vor dem Elend zu bewahren. Und da kommt nun die Ankündigung von der Erhöhung der indirekten Steuern. Die Regierung darf sich nicht wundern, wenn sie unter den Arbeitern kein Vertrauen findet. Und es ist selbstverständlich, daß auch wir, als die Wortführerin der Arbeiter,

dieser Regierung kein Vertrauen entgegenbringen können.

Wir können nicht bauen auf die bürgerliche Demokratie, am wenigsten mit einem Kabinett von der Art, wie wir es vor uns haben. In dieser demokratischen Regierung sitzen jene Herren, von denen die Arbeiterschaft weiß, daß sie keinerlei Fortschritte von ihnen zu erwarten haben, daß sie nur durch den Druck ihrer politischen Macht etwas wird erreichen können. Es hat mich überreicht, daß der Reichskanzler jenen süddeutschen Herrschaften, die bereit sein würden, unter gewissen Umständen die Waffen abzugeben, den Dank der Regierung ausgesprochen hat. Es sind dieselben Leute, die den bayerischen Belagerungszustand mitbrachten, dieselben Leute, die die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren seit Monaten sabotiert haben. Die kommunistischen Zeitungen sind sämtlich verboten, selbst Mitgliederversammlungen dürfen nicht abgehalten werden. Es dürfen nicht einmal zwei Leute zusammenstehen. Das Nachrichtenwesen, das nach der Revolution von Vümtzig ausgebaut worden ist, spielt in Bayern eine große Rolle. Es steht wieder in Blüte. Dieser „süddeutschen Eigenart“ ist der Reichskanzler mit Dank begegnet. Die Kreise, denen er den Dank darbrachte, sind dieselben Personen, die weder von der Demokratie noch von der Republik etwas wissen wollen. Man wird in Bayern die Reichsregierung weiter verspotten, wie man sie bisher verspottet hat. Die bayerischen Einwohnerwehren sind einstweilen noch nicht aufgelöst, obwohl schon seit Wochen und Monaten der bayerischen Regierung bekannt war, daß sie sie auflösen muß. Am 25. Mai hat der Reichskanzler den Landesregierungen ein Rundschreiben zugesandt, ob sie auflösen wollen. Am 27. Mai fuhr noch ein Auto mit Reichswehr und Einwohnerwehren mit der Aufforderung durch die bayerischen Landorte, die Waffen nicht abzugeben. Diese laze Handhabung auf der einen Seite, und auf der andern Seite das den Regierungsmahnahmen Hohn sprechende Verhalten der Einwohnerwehren sagt genug. Die Waffen werden

in Klöstern und Schlössern versteckt.

Aber eines guten Tages werden sie wieder vorgeholt werden zu konterrevolutionären Zwecken. Wenn die Einwohnerwehren aufgelöst werden, so hat daran nicht die Regierung das größte Verdienst, die durch ihren Dank an jene Kreise und Personen, die sich der Auflösung stets widerstehen, etwas zu erreichen glaubte. Das eigentliche Verdienst fällt der organisierten Arbeiterschaft zu. 250 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter haben durch ihre Gewerkschaftsarbeit die Auflösungen gesordert. Diese 250 000 Arbeiter haben der Auflösung mehr Nachdruck gegeben als der Dank der Regierung. In Oberschlesien ist eine nationale Hehe londergleichen inszeniert, auch von deutscher Seite. Der muß von der Regierung entschieden entgegengearbeitet werden. Aber nicht einmal die Werbungen haben aufgehört, und von einem Verbot für die Werbungen der Freiwilligenformationen von amtlicher Stelle ist nichts bekannt gegeben. Und woher kommt das Geld, das den Angeworbenen ausgehändigt wird? Darüber wird die Regierung Auskunft geben. Wenn die bayerischen Freiwilligen aus Oberschlesien zurückkehren, muß den Leuten die Waffe abgenommen werden. Die Reichsregierung übernimmt eine schwere Verantwortung für das, was folgt, wenn sie hier die wichtigsten Maßnahmen unterläßt. Wir wissen natürlich, daß ebensowenig wie die Kreuzritter zum Besuch des Heiligen Grabes ausjagen, die Einwohnerwehren, Barden und Orgel-Leute zur Verteidigung des Vaterlandes nach Oberschlesien gejogen sind.

Ein Preisabbau

wäre sehr wohl möglich gewesen. Er wird aber von allen Seiten sabotiert, von den Detailgeschäften sowohl wie von den großen Importeuren. Eine Dividendenpolitik, wie wir sie in den Geschäftsberichten sich widerspiegeln sehen, hat eingeseht. Während die Arbeiter immer weniger in der Lage sind, sich neue Kleidungsstücke, Schuhe usw. anschaffen zu können, werden auf jener Seite Riesengewinne aufgehäuft. Das Elend der Arbeiter muß so immer mehr zunehmen. Soziale Katastrophen stehen uns bevor. Die Löhne sind im Inlande weit niedriger wie die der Arbeiter im Auslande. Die Arbeiter müssen dahin streben, sie zu erhöhen. Höchstwahrscheinlich wird das In-Verhältnis-Sehen von Warenpreisen und Löhnen und Gehältern darin bestehen, daß man die Gehälter und Löhne zu drücken versucht. Man hat dann Propaganda betrieben, keine Waren vom Feindland zu kaufen. (Zuruf Ledebour: Wenn die andern dasselbe machen, werden wir keine Waren los!) Im Jahre 1920 wurden für 4,8 Millionen Luxusgegenstände nach Deutschland eingeführt, darunter für über 2 Millionen alkoholisches Getränk. Und wer genießt sie? Wer trägt die seltenen Kleider, Spitzen, wer konsumiert die Luxusgegenstände? Das sind die Schieber. Das sind die Judenfeinde mit den Patentkreuzen. Der Reichskanzler hat auch nichts von den Liebesgaben gesprochen, die den Agrariern fortgesetzt zugesandt wurden. Wir wollen von diesem Liebesgaben-System nichts wissen. Wenn der Reichskanzler davon sprach, Säumige, sabotierende Steuerhinterzieher in Zukunft zu lassen, so entgegnete mir, man sollte das Betriebsratsgesetz ausbauen und die Betriebsräte damit betrauen. Sie würden sehr gründlich dafür sorgen, daß Steuerhinterziehungen in Zukunft unmöglich sind. Kein Wort haben wir vom Reichskanzler gehört

über die Sozialisierung.

Dagegen mußten wir vom Abgeordneten Braun hören, wie er allen Feinden des Achtundtags aus dem Herzen sprach. Es gibt in der Landwirtschaft gar keinen Achtundtag. 2000 Stunden müssen die Landarbeiter im Jahre leisten das sind 10 bis 11 Stunden pro Arbeitstag. (Hört, hört!) Und mit diesem Herrn von Braun ist über die Verkürzung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft verhandelt worden. Trotzdem hat er die Stirn, von einer „fruchtlosen Anwendung“ des Achtundtags zu sprechen. Abg. v. Braun hat auch von einem Simple der Revolution gesprochen. Gewiß, es besteht ein Simple. Aber Kapitalistischer, wie der Heilig Eitel Friedrich, wie Herr von Kerkhoff, der im Reichstage ist und viele andere sind in der Nähe des Herrn Braun zu

finden. Das sind die Sumpfpflanzen. Der Abg. Wels sprach davon, die Sozialdemokratie habe das Opfer des Bruderkampfes auf sich genommen im Interesse des Volkes. Das sind Redensarten, die Grundlosigkeit der Politik der Rechtssozialisten zu verschleiern. Sie können nicht zu einer Einigung, sondern nur zur Lähmung des Proletariats führen. Wenn die heutige Regierung neue Steuern schaffen will, erinnern wir an das Beispiel der vorigen Regierung, das sie aus Anlaß der Londoner Konferenz gab. Sie hat der Ententeregierung klar zu machen versucht, daß in der letzten Zeit in Deutschland ungeheure Erhöhungen der direkten Steuern erfolgten. Das ist richtig. Es ist der Regierung sehr schwer geworden, endlich zum Aufbau der direkten Steuern zu kommen. Aber die

direkten Steuern sind zum Schaden der Arbeiter ausgefallen.

Die Einkommensteuer wird vom Lohn abgezogen. Die erste bedeutende Einnahme an Einkommensteuer ist durch diesen Abzug erfolgt. Zwei Drittel aller Einkommensteuerpflichtigen sind Lohn- und Gehaltsempfänger. Diese zwei Drittel der Steuerpflichtigen zahlen 6 1/2 Milliarde Mark, während das andere Drittel nur 5 1/2 Milliarde Mark aufbrachte. An diesem Beispiel hat die Regierung sich bemüht, darzutun, daß die Belastung an Steuern so hoch geworden ist, daß eine weitere Belastung nicht mehr vorzunehmen und sie höher sei als in England und Frankreich. Außerordentlich interessant war das Eingeständnis, dessen man sich jetzt erinnern muß, daß auf den Kopf der Steuerpflichtigen ein Einkommen von 232 1/2 Goldmark kommt. Wenn man das vergleicht mit der Einkommensteuer von früher, so ist ersichtlich, daß trotz aller „Lehrerhöhungen“ und „Gehaltserhöhungen“ das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger ungeheuer zurückgegangen ist.

Bei den Arbeitern und Angestellten ist die Steuerschraube aufs alleräußerste angepannt. Der Reichskanzler hat versichert, daß nun auch die Besitzsteuern rücksichtslos eingetrieben werden sollen. Die Volkspartei hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wir erheben gegen die bisherige Steuerpolitik mit aller Entschiedenheit Protest. Gegenüber all diesen Maßnahmen kann die Arbeiterschaft nichts Besseres tun, als sich mehr und fester zu organisieren. Mehr zusammenzubinden, mehr zu tragen, eine einmütige und geschlossene Kampfschraube zu werden. Das ist nur möglich auf der Grundlage des

Programms der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Wir müssen den Arbeitern sagen, wenn ihre eine einheitliche Kampfschraube geworden sind, werden ihr auch imstande sein, die Steueransprüche der neuen Regierung abzuwehren. Wir halten fest an den Grundfähnen des Sozialismus. Wir fordern ein Amnestiegesetz und die Aufhebung der Ausnahmezustände. Die Anträge der Kommunisten sind nicht klar genug. Die Art der Nachweisung, darauf mache ich Herrn Wels aufmerksam, so wohl wie die Märzunruhen die Folge der ungelassenen Politik der Rechtssozialisten. Deshalb müssen auch Sie (zu den Rechtssozialisten) einem Amnestiegesetz zustimmen. Allerdings haben wir kein Vertrauen zu einer Regierung, in der der „Demokrat“ Schiffer sitzt, der zurzeit der Rapp-Regierung gewissermaßen den Auftrag hatte, diese Regierung zu vertreten und der die Arbeiter durch sein Amnestiegesetz anlässlich des Rapp-Putsches demogest hat. Gegenüber der Regierung sind wir immer zu Mißtrauen bereit, doch werden wir ihre Taten abwarten. (Beifall bei den U. S. P.)

Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung, Freitag mittag, 1 Uhr. Fortsetzung der Debatte und Interpellationen.

Das Urteil im Prozeß Neumann

Leipzig, 2. Juni.

Im Prozeß Neumann wurde heute mittag 12 Uhr das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Mißhandlung Untergebener in 12 Fällen und wegen Beleidigung eines Untergebenen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, im übrigen freigesprochen. Die erlittene Untersuchungshaft wurde auf die Strafe angerechnet.

Nachprüfung der Reichsgerichtsurteile

D. A. London, 2. Juni.

Auf die Anfrage des Abgeordneten Bottomley, ob in Anbetracht der milden Urteile des Leipziger Reichsgerichts gegen die ersten beiden Kriegsbeschuldigten die Regierung nicht der Ansicht sei, die weiteren Prozeduralhandlungen in London stattfinden zu lassen, erwiderte der Generalsstaatsanwalt, daß nach Beendigung sämtlicher in Leipzig anhängiger Prozesse die allierten Räte alle mit der Aburteilung der Kriegsverbrecher zusammenhängenden Fragen einschließlich der der gefällten Urteile noch einmal einer Prüfung unterziehen würden und gegebenenfalls jede ihnen zweckdienlich erscheinende Maßnahme zur Durchführung zu bringen gedenken.

Belgische Anerkennung der Regierung Wirth

Brüssel, 2. Juni. (Agence Belge.)

In der Kammer erklärte bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Auswärtigen Minister Jasper, Deutschland habe den ersten Beweis guten Willens gegeben. Man solle ihm Glauben schenken. Die belgische Regierung sei durchaus entschlossen, die durch den Vertrag von Versailles auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Die belgische Regierung werde ihr die Aufgabe gewiß nicht erschweren. Man betrete einen Weg, der den politischen und wirtschaftlichen Frieden endgültig sichere. Belgien trete entschlossen für den wahren Frieden ein, der Frankreich, England, Italien und Belgien umschließen müsse und auf dem belgischen Frieden beruhe. Im Kongreß der Entente sei Belgien zu einer wichtigen Rolle berufen. Indem die Regierung der Vereinigten Staaten es abgelehnt habe, die unannehmbaren Vorschläge Deutschlands weiterzuleiten, habe sie der Sache des Friedens einen Dienst erwiesen. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine belgisch-englische militärische Entente die belgisch-französische Entente vervollständigen werde.

Eine neue Ministerrede

Frankreich will die Rheinprovinz nicht anneklieren

CC. Paris, 2. Juni.

Bei einem Essen, das gestern der Oberkommissar in den Rheinlanden Tirart in Anwesenheit des französischen Ministers Barthou veranstaltete, hielt letzterer eine Rede, worin er betonte, daß die Aufgabe Frankreichs in den Rheinlanden ein äußerst schwierige sei. Frankreich habe keine Absichten, diese zu anneklieren. Er könne dies laut aussprechen nicht nur im eigenen Namen, sondern auch im Namen des Ministerpräsidenten, dem jeder Gedanke an Annektionen und Eroberungen vollständig fernliege. Die französische Zivilisation nehme sich der Bevölkerung in den Rheinlanden an. Sie könne sich von ihr lösen und leben lassen. Nach dieser Richtung habe der Oberkommissar mit seinen Kollegen bereits wesentliches beigetragen. Die Alliierten seien einig, und diese Einigkeit müßte sich auch überall ausbreiten lassen. Zwar wären noch verschiedene Fragen in Schwebe, die man im gemeinsamen Rat der Entente friedlich klären würde. Die französische Regierung hat nicht die Absicht, Frankreich diese Angelegenheiten allein regeln zu lassen. Briand in letzter Zeit gehalten Reden haben den Beweis seiner Entschlossenheit, Weisheit und Mäßigung gegeben. Frankreich wolle den Alliierten die Treue halten, und es habe die Gewißheit, daß die Alliierten ebenfalls der gemeinsamen Sache treu bleiben werden. Deutschland habe seine Forderung nicht aufgegeben, zunächst eine wirtschaftliche und politisch militärische Revanche zu nehmen. Am Deutschland zum Beispiel auf diese Forderung zu bringen, müsse der Beweis erbracht werden, daß die Einheit der Alliierten im Kriegs- und im Friedenswettbewerb besteht.

Groß-Berlin

Die Finanznot der Gemeinden

Der Deutsche Städtetag hielt dieser Tage in Dresden eine Vorstandssitzung ab, in der vor allem die unerträgliche Lage der Gemeinden, in die dieselben durch die Novelle zum Einkommensteuergesetz geraten sind, besprochen wurde. Am Ende der Tagung wurde folgende Entschließung gefaßt:

„Die Finanzen aller öffentlichen Körper, des Reiches, der Länder und der Gemeinden, befinden sich infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen in größten Schwierigkeiten. Es ist nur möglich, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, wenn in allen Verwaltungen auf allen Gebieten äußerste Sparsamkeit geübt wird, zugleich aber auch die möglichen Einnahmen planmäßig zwischen den verschiedenen Verwaltungen unter Berücksichtigung der ihnen obliegenden Aufgaben verteilt werden.“

Der Deutsche Städtetag stellt fest, daß die bisherige Finanzpolitik des Reiches eine Vernachlässigung der Interessen der Länder und Gemeinden durchaus vermissen läßt, und erhebt gegen diese Politik schärfsten Einspruch, weil sie den Bestand der deutschen Städte zu vernichten droht.

Die Finanzen der Städte sind schon durch die Wegnahme der Einkommensteuer, die das Rückgrat der Gemeindefinanzen bildete, auf das schwerste erschüttert worden. Die Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz aber hat eine geradezu unerträgliche, so katastrophale Lage geschaffen. Hat man doch sogar für das bereits angelaufene Jahr 1920 den Gemeinden Einnahmen aus der Einkommenbesteuerung, auf die sie ihre Finanzwirtschaft aufbauten, insbesondere aus der Besteuerung der von der Reichseinkommensteuer nicht erfassten Freieinkommen, nachträglich durch einen Fiskus wieder entzogen. Die Finanzpolitik des Reiches gegenüber den Ländern und Gemeinden ist unmöglich.

Der Deutsche Städtetag fordert, daß das Reich schleunigst den Städten für die durch die Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz verursachten Ausfälle Ersatz leistet und seine Verpflichtung anerkennt, zur baldigen endgültigen Neuordnung der Finanzen der deutschen Gemeinden ausreichend beizutragen. Wird diese Steuerordnung nicht bald durch Verständigung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden gesichert, so ist mit dem Zusammenbruch der Gemeinden zu rechnen, für die dann das Reich die Verantwortung trägt.“

Zugleich wurde beschlossen, eine Deputation des Vorstandes an den Reichskanzler zu entsenden, um ihm die Lage in ihrem ganzen Ernst vorzustellen und vor allem die Forderung vorzutragen, daß in gemeinsamer Erörterung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden eine Grundlage gesucht wird, wie Reich, Länder und Gemeinden planmäßig an den verfügbaren Einnahmemöglichkeiten zu beteiligen sind.

Die städtische Milchkuhlanlage

Die Milchinteressenten führen seit einiger Zeit einen energischen Kampf gegen die Maßnahmen des Magistrats, soweit diese die Sicherstellung und Verbilligung des Milchbedarfs für Säuglinge und Kranke betreffen. Ihre Forderungen möchte auch vor diesen nicht haltmachen. Auf jede Weise wird versucht, die vom Magistrat getroffene Regelung zunächst zu machen. Für ihre Zwecke finden sie in der hiesigen Presse gute Unterstützung.

Auf eine gestern verbreitete Darstellung der Milchhändler, die sich gegen die Milchkuhlanlage des Magistrats in Valendord richtet, veröffentlicht der Magistrat heute nachstehende Erwiderung:

Die in einigen Zeitungen verbreitete Meldung über die Milchkuhlanlage Valendorf ist augenscheinlich veranlaßt durch gewisse Interessenten, die ihnen unangenehme Maßnahmen der Stadtverwaltung mit allen Mitteln zu laiden bekämpfen zu wollen, wobei sie angelegentlich Tadeln vortragen, die in allen Teilen unrichtig sind. Die Anlage ist in Uebereinstimmung mit der mecklenburgischen Regierung in Milchärmster Zeit an einem Eisenbahnnotenspunkt inmitten des milchreichsten Gebietes von Mecklenburg errichtet worden, um die unumgängliche Voraussetzung einer einwandfreien Behandlung der aus den mecklenburgischen Molkereien zu liefernden Milch zu schaffen.

Die mecklenburgische Regierung ist an der Anlage zu 1/2, der Magistrat Berlin zu 1/4 beteiligt. Gebäude und Maschinen erforderten einen Gesamtaufwand von 1.300.000 M. Die Anlage hat sich durchaus bewährt. Sie lieferterte vom Tage ihrer Inbetriebnahme im August 1920 bis zur Gegenwart 3 Millionen Liter Vollmilch für die Kinder und Kranken Berlins, die sonst nicht hätten versorgt werden können. Zurzeit kommen 17.000 Liter Vollmilch täglich von Valendorf nach Berlin. In dem abgeschlossenen Geschäftsjahr, das kaum

3/4 Jahre umfaßt, gelang es bereits, nicht nur eine Verzinsung des aufgewandten Kapitals, sondern auch ausreichende Abschreibungen zu erzielen. Die Rentabilität der Anlage ist auch in der freien Wirtschaft beim jetzigen Milchgang in Valendorf und bei günstigem Einkauf der Milch mehr als zuvor als gesichert zu betrachten. Von Zuschüssen kann also keine Rede sein. Ganz falsch ist die Behauptung, daß die Anlage verträglich festgelegt sei, im Umkreis von 20 Kilometern keine Milch einzukaufen. Die Anlage ist lediglich, insbesondere durch den Gesellschaftsvertrag mit der mecklenburgischen Regierung, verpflichtet, nur von Molkereien zu kaufen, was von vornherein der Zweck der Anlage war. Die Milchkuhlanlage erhält auch ein erhebliches Quantum Milch gerade aus dem engeren Umkreis unter 20 Kilometer, darunter auch von der Genossenschaft Valendorf. Die Abwässerungsanlagen der Molkerei zu benutzen, ist aus Zweckmäßigkeitsgründen gewählt worden. Die Bahnverwaltung hatte keineswegs abgelehnt, das Wasser durch ihre Gelände zu leiten.

Die falsche Darstellung der eingangs bezeichneten Meldung hat anscheinend den Zweck, die Gesellschaft, denen jetzt die Milchkuhlanlage gehört, zum Verkauf geneigt zu machen. Es haben sich bereits Milchhändler um den Ankauf bemüht.

Der Bestätigungsunfug

Der Oberpräsident hat gestern endlich die Wahl des Genossen Dr. jur. Herz in Altona zum stellvertretenden Bürgermeister des Bezirksamts Spandau bestätigt, dagegen der Wahl des Werkzeugmachers Rünfinger und des Schlossers Leo, die beide schon einmal nicht bestätigt worden sind, die Bestätigung wiederum verweigert. Wegen der Wahl des Lehrers und früheren Gemeindevorstehers von Staaken, Eggert, und des Buchdruckers Fintelmeier zu besoldeten Bezirksstadträten schweben noch Ermittlungen.

Sind Sterbende zuverlässige Zeugen?

Von dem außerordentlichen Kriegsgericht wurde am 12. Dezember 1919 der Schlosser Otto Meyer aus Friedrichshagen wegen versuchten Mordes zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Nach der Anklage sollte Meyer zusammen mit seinem Vater und einem dritten Unbekannten in Friedrichshagen gewildert und beim Wildern von einem Gendarm ertappt worden sein. Zwischen den Wilderen und dem Gendarm entwickelte sich ein Feuergefecht, in dessen Verlauf der Gendarm angeschossen und der Vater des Meyer tödlich verwundet wurde. Nachdem der Gendarm Verwundung erhalten hatte, ging er auf den sterbenden Meyer zu und fragte: „Wer ist der zweite Salanke, der bei Ihnen gewesen ist.“ Der Sterbende antwortete: „Das war mein Sohn!“ Auf Grund dieser Bezeichnung wurde am nächsten Tage der junge Meyer verhaftet. Er bestritt, an der Tat irgendwie beteiligt gewesen zu sein. Der ihm gegenübergestellte Gendarm erklärte, daß nach der Natur und nach der feldgrauen Kleidung Meyer der Täter gewesen sein könne, daß aber der alte Meyer ja ausdrücklich selbst seinen Sohn der Teilnahme bezeugt habe. Das außerordentliche Kriegsgericht kam auf Grund dessen zur Beurteilung. — Vom R. A. Dr. Curt Böhm, der mit der Wiederaufnahme des Verfahrens beauftragt wurde, wurden verschiedene Gutachten ärztlicher Kapazitäten darüber eingeholt, ob überhaupt ein Sterbender in der Lage sei, den Sinn einer Frage, die an ihn gerichtet wird, klar zu beantworten. Die Gerichts- und Sachverständigen Dr. Kronfeld, Dr. Birnbaum und Dr. Thiele, die die Gutachten erstatteten, kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß den Befundungen des sterbenden Meyer kein Wert beizulegen sei, daß vielmehr die Möglichkeit bestehe, daß der Sterbende die Frage des Gendarms gar nicht verstanden habe. Auf Grund dieser Gutachten ist nunmehr vom dem Verteidiger die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt. Die Entscheidung des Gerichts steht noch aus.

Kontesse Oceana aus Neuköln

Eine Heiratschwindscherin ungewöhnlicher Art machte am Kaiserdamm eine ansehnliche Beute. Bei einer Familie, die dort wohnt, fand im Dezember v. J. ein junges Mädchen als russischer Flüchtling ein Unterkommen. Es nannte sich Kontesse Tronjewitsa Oceana von Oparsemolnowica und erzählte, daß es vor den Bolschewisten aus der russischen Heimat habe fliehen müssen. Die Russin gab sich für eine Verwandte der Familien von der Otien aus, die in Rußland einen Grundbesitz im Werte von 22 Millionen hätten. Ihr eigener Grundbesitz sei auch 20 Millionen wert. Verfügbar könnte sie aber darüber einwilligen noch nicht, weil sie noch unter Vormundschaft stehe. Vorspiegelte Beziehungen zu einem bekannten Staatssekretär waren geeignet, ihr Vertrauen und Ansehen zu verschaffen. So kam es, daß die Russin nach und

nach auf einen Sohn der Familie so großen Eindruck machte, daß er um sie warb. Der 20-Millionen Grundbesitz in Rußland mag den günstigen Eindruck wohl noch etwas verstärkt haben. Die „reiche Russin“ erwiderte auch die Reizung, bat jedoch, die Verlobung hinauszuschieben, bis sie selbständig über ihr Vermögen verfügen könne. Die Regelung der Vermögensverhältnisse kostete aber einwilligen noch erhebliche Mittel, die die Russin auch nach und nach erhielt, bis sie eines Tages unter Mitnahme schöner Schmucksachen verschwand. Der Familie war, alles in allem, ein Schaden von 150.000 M. erwachsen. Jetzt beschaffte sich die Inspektion B II, 2 der Kriminalpolizei mit dem russischen Flüchtling und erkannte in ihm eine 26 Jahre alte, aus Neuköln gebürtige Erna Brelß die Tochter eines Schmiedegesellen, wieder, die schon einmal die Polizei beschäftigt hatte. Eine Spur führte nach der Lutherstraße. Hier wurde sie dann auch bei einem zweiten Bräutigam, den sie mit den gleichen Vorspiegelungen eingefangen hatte, ermittelt und festgenommen.

Polizei und Feuerwehr

gegen Lungen- und Neurozentranke in der Heilstätte Seelitz

Dr. Ahmann weist auf die Patiententräte, trotzdem selbige in der Hausordnung vorsehrieben sind. Die Patiententräte verwahren sich gegen derartige beleidigende Äußerungen des Herrn Dr. Ahmann, erst der Nachdruck der demonstrierenden Patienten räumte dem Herrn die Erklärung ab, es beruhe alles auf Mißverständnisse, eine Beleidigung der Patiententräte hätte ihm ferngelegen.

Der Beschluß, den zur Entlassung kommenden Patienten Lebensmittel für die Fahrt nicht mehr auszuhandigen, veranlaßte diese zu beschließen: „nicht wie üblich, am Mittag die Anstalt zu verlassen, sondern erst nach dem Abendessen zu fahren“. Dieser Beschluß wurde von einem Teil der zur Entlassung kommenden Frauen nicht eingehalten. Im Auftrage der Patienten hat der Patienterrat von A I diese Frauen auf das Unsolidarische ihrer Handlungsweise hingewiesen. Eine Frau denunzierte den Kollegen bei der Direktion, darauf erfolgte, ohne erst den gesamten Patienterrat, wie es die Hausordnung vorschreibt, zu hören, die sofortige Entlassung des Kollegen.

Eine von den Patienten gewählte Kommission verlangte die Zurücknahme der Entlassung. Als Antwort erfolgte die Warnung der Feuerwehr und Polizei der Stadt Seelitz. Ungehobene Erregung bemächtigte sich der Patienten. Einige Patienten versetzten in Krämpfe. Den Bemühungen einiger Kollegen gelang es, die aufgeregte Menge, etwa 500 Patienten, vor Tätlichkeiten zurückzuhalten. Die anwesenden Besucher gaben ihren Unwillen durch lauten Protest kund. Erst nach vierstündigem Verhandeln wurde die vorläufige Zurücknahme der Entlassung ausgesprochen. Eine Delegation soll mit dem Vorstehen der U. R. A. weiterverhandeln. Die verhandelnden Delegierten hatten alle Mühe, die Patienten zur Annahme dieses Vorschlages zu bewegen. Die Vertreter der Arbeiterschaft sind verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, die solche ungeheuren Provokationen ihrer kranken Arbeitsbrüder für die Zukunft unmöglich machen.

Verschlechterung der Tuberkulosebekämpfung

Vom Verband der Lungen- und Tuberkulosekranken wird uns geschrieben:

Nachdem der Vorstand der U. R. A. durch einmütigen Beschluß den Heilstätten-Patienten in Seelitz die Butterration gekürzt hat, ist man nunmehr dazu übergegangen, den Patienten, die in Urlaub fahren, für diese Tage keine Lebensmittel mehr mitzugeben.

Die meisten Patienten waren vor ihrer Aufnahme lange Zeit krank oder arbeitslos. Der Antritt einer Heilstättenkur des Familienernährers bedeutet für die Familie eine Hungertur, denn die Familienunterstützung ist zu gering, um davon leben zu können. Was mögen das für Arbeitnehmervertreter sein, die solchen Beschlüssen zustimmen? Der Vorstand der U. R. A. verstößt damit gegen seine von ihm selbst herausgegebene Heilstättenhausordnung, indem er durch solche Maßnahmen die jeilichen Leiden der Patienten vergrößert.

Der in Urlaub fahrende Patient soll die schon sehr kurz bemessenen Bissen seiner Kinder durch seine Teilnahme an der Mahlzeit noch um ein weiteres kürzen. Es zeugt wirklich nicht von großem Verständnis, solche Beschlüsse zu fassen.

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes sollte es sich als übergeordnete Instanz angelegen sein lassen, so schnell wie möglich diese Beschlüsse rückgängig zu machen. An die Kranken geht aber aufs neue die Mahnung, sich zusammenschließen zu einem großen Ganzen, damit sie um so nachdrücklicher die Vertretung ihrer Rechte selbst in die Hand nehmen können.

Der Sommerfahrplan im Groß-Berliner Verkehr. Zum Sommerfahrplan der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen ist schon noch ein Berichtigungsblatt erschienen, durch das eine Reihe von Fahrpläneuerungen zur Durchführung ge-

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Was dem Manuskript übertragen von Germania zur Verlagsanstalt Copyright by Der Wall-Verlag Berlin-Galessee 1921

(18. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Peter hatte eine traurige Jugend gehabt; er hatte nicht, wie die jüngeren Mitglieder der Handelskammer und der Kaufmanns- und Fabrikantenvereinigung, gelernt, einen kleinen weißen Ball umherzujagen. Peter war wie ein Geschäftsmann, der seine Knabenjahre nicht hatte genießen können und der in späteren Jahren das Bedürfnis nach fröhlicher Zerstreuung empfindet, diese auf Anraten des Arztes im Sport sucht. Peters Sport war es, einen Revolver in die Seitentasche zu stecken, eine Eisenstange in die Hand zu nehmen und in ein Zimmer zu stürzen, wo vierzig Russen oder Juden von jedem Alter und jeglicher Bartlänge mit der englischen Orthographie rangen. Peter brüllte laut, sah, wie die Leute hierhin und dorthin hasteten, er sagte ihnen nach, schlug sie auf den Kopf, wo immer er einen erwischen konnte, rannte zu jenen hin, die in einer Gruppe, eng aneinander geschmiegt, beisammen standen, versuchend, ihre Schadel zu schützen, schlug von allen Seiten auf sie ein, bis sie auseinandertraten. Es behagte ihm, wenn sie die Treppe hinabstiegen, noch schöner war es, gelang es, einen oder den andern zu veranlassen, aus dem Fenster zu springen. Peter erlernte etliche ihrer Ausrufe — ausländische sinnlose Worte — und verfluchte sie in ihrer eigenen Sprache. Peter hatte ein gewisses Nachahmungstalent, da er diese Leute besser kennenlernte, verstand er es, ihre Gebärden, ihre entsetzten Bewegungen nachzumachen; oft brachte er ein ganzes Zimmer voll Spindel dadurch zum Lachen, was seine Beliebtheit sehr verstärkte.

Später, da die Regierung an die Verfolgung der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Arbeiterpartei schritt, wurden Peters Prestige und seine Beliebtheit noch größer. Jetzt wurden die Roten zu Hunderten verhaftet und „verhört“. Peter war dabei immer nützlich, seine Spezialkenntnisse machten ihn unentbehrlich, er wurde allmählich zum Leiter des ganzen Vorganges. Shorty Gunton und andere Kopfspindel hatten verabredet, die Versammlungen der

Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Arbeiterpartei sollten stets am gleichen Abend abgehalten werden. Dies wurde im ganzen Lande so gehalten, und am folgenden Morgen wurde die Welt durch die Nachricht elektrifiziert, daß alle diese Meetings zur gleichen Stunde gestürzt und Tausende von Roten verhaftet worden waren. In American-City hatte die Regierung etwa ein Dutzend Zimmer in der Nähe von Guffens Agentur gemietet, die ganze Nacht bis zum folgenden Morgen wurden Gefangene eingebracht, bis es ihrer vierhundert waren. Sie wurden in die engen Stuben gepfercht, hatten nicht einmal Platz, sich niederzulegen. Natürlich gab es einen furchtbaren Lärm, das Stöhnen und Wimmern der Verletzten, und einen Geruch, ärger wie in einem Affenkäfig.

In diesen Räumen wurden die Gefangenen einige Wochen gehalten; während dieser Zeit kamen immer neue und neue dazu, die Frauen wurden in den Abortien untergebracht. Einige der Gefangenen simulierten Krankheit, andere erkrankten tatsächlich, etliche wurden wahninnig, einige starben. Natürlich machten die Salon-Roten und ihre Freunde furchtbare Geschichten. Doch besaßen sie keine Zeitungen mehr, durften keine Versammlungen abhalten, ihre Zirkulare wurden auf der Post beschlagnahmt. Trotzdem gelang es ihnen bisweilen, mit ihren Anklagen in die Öffentlichkeit zu dringen. Dann berichteten die Spindel Peter, wer von den Roten dies getan habe, und Peter organisierte neuerliche Razzias, weitere Gefangene wurden eingebracht. Im Osten war eine „Bombenveranschöpfung“ entdeckt worden, das heißt, man hatte rosa Papier gefunden, das entweder für Flugblätter oder zum Einwickeln von Explosivstoffen bestimmt war, man wußte es nicht sicher. Jedenfalls verteilten die mit Guffen in Verbindung stehenden Geheimagenturen die rosa Blättchen durch das ganze Land, und jedesmal, wenn die Polizei einen armen Teufel aus dem Wege räumen wollte, fand sie bei ihm das „mörderische rosa Papier“. Dann wurde er von den Zeitungen als einer der Verächter gebrandmarkt, die durch die Post Höllenmaschinen verschiden.

Peter hatte in diesen Tagen soviel zu tun, daß er oft ganze Nächte lang nicht ins Bett kam und kaum Zeit für seine Mahlzeiten fand. Er hatte ein eigenes Bureau, in das die Gefangenen zum Verhör gebracht wurden, und versuchte

über ein halbes Duzend Männer, die die „Arbeit des starken Armes“ leisteten. Peters Aufgabe war es, den Gefangenen Geständnisse zu erpressen, die berechtigten, sie ins Gefängnis zu werfen, wenn sie Amerikaner waren, sie zu deportieren, wenn sie Ausländer waren. Freilich war es bisweilen schwer, den Unterschied zwischen Ausländern und amerikanischen Bürgern festzustellen, man mußte auf gut Glück handeln, von der Prämisse ausgehend, daß sie alle gleich gefährlich seien. Vor vielen Jahren, da Peter noch bei Pericles Priam gearbeitet, hatten sie etliche Monate in einer Pension verbracht, wo man immer schon vorher wußte, daß es Beefsteaks zum Essen geben würde, weil die Köchin sie stundenlang klopfte, um sie „weich“ zu machen. Peter wiederholte dies bei den ausländischen Roten. Sobald sie Peters Bureau betreten, fielen Peters Leute über sie her, stießen sie, schlugen mit der Faust auf sie ein. Waren sie verstoßt und ließen nicht „mit sich reden“, so bemühte sich Peter selbst. Er hatte nicht vergessen, wie erfolgreich Guffen mit seinem Gelenkverdröhnen und Fingerumbiegen bei ihm gewesen war.

Es war merkwürdig, wie schlau und klug etliche dieser Roten waren. Und dabei waren sie doch nur verlaufene ausländische Arbeiter. Aber sie hatten jede Mußstunde zum Lesen benützt — in ihren Zimmern fand man fast immer eine große Anzahl Bücher — und sie wußten genau, was sie wollten, und verstanden es, Fragen zu parieren. Peter fragte: „Sie sind ein Anarchist, nicht wahr?“ Die Antwort lautete: „Ich bin nicht in dem Sinn, wie Sie es meinen, Anarchist“, als ob das Wort Anarchist zwei Bedeutungen haben könnte! Peter forschte weiter: „Sie glauben an die Gewalt?“ Dann wurde der Kerl frech, erwiderte: „Sie sind es, der an die Gewalt glaubt, schauen Sie mich an, wie Sie mich zugerichtet haben.“ Oder Peter fragte: „Diese Regierung gefällt Ihnen nicht, was?“ Und die Antwort kam: „Sie gefiel mir ganz gut, bis sie mich so mißhandelte.“ Stets fanden die Kerle derlei Ausflüchte, die alle von einem Stenographen notiert wurden. Gelang es Peter nicht, eine Art Geständnis zu erpressen, so konnte man den Roten nicht deportieren. In solchen Fällen fiel Peter über ihn her, versuchte ihn „weich“ zu machen, bis er schließlich antwortete, was er antworten sollte. Oder Peter schrieb eine Aussage und die Detektive zwangen den Mann, sie zu unterschreiben — oder Peter unterschrieb sie selbst.

langen. Auf der Strecke Potsdam-Stadtbahn-Erkner wird an den Werktagen der erste Zug von Charlottenburg nach Potsdam, der um 4.45 früh abfährt, bereits 5 Minuten früher gefahren, und zwar ab Charlottenburg 4.40 früh, an Potsdam 5.22 früh. In der Gegenrichtung verkehrt ein neuer Zug ab Potsdam um 5.12 vorm., der um 6.57 vorm. in Friedrichshagen endet. Im Spätverkehr wird auf der Strecke Grünau-Stadtbahn ein neuer Zug ab Grünau 10.18 abends, an Charlottenburg 11.20 und weiter nach Grunewald (an 11 abends) eingeleitet, der nur an den Wochentagen gefahren wird. Die direkten Züge zwischen der Stadtbahn und der Strecke Friedersdorf-Rüdersdorf sind dem starken Bedürfnis entsprechend an den Sonntagen noch um einige Zugpaare vermehrt, die teils vom Schleifschienenbahnhof, teils vom Brüggener Bahnhof aus über Kaulsdorf bzw. Biesdorf nach dort verkehren werden. Der vorletzte Zug, der vom Lehrter Bahnhof nach Wustermark gefahren wird, wird an Werk- und Sonntagen verlegt, er verkehrt nicht mehr um 10 Uhr 10 Minuten ab Lehrter Bahnhof, sondern um 10 Uhr 25 Minuten abends und trifft erst um 11 Uhr 26 Min. abends in Wustermark ein. Auf den vom Stettiner Bahnhof ausgehenden Vorortstrecken ist der Vorortverkehr an den Sonntagen noch durch Einlegung einiger Züge nach Hermsdorf, Buch und Tegel angemessen verstärkt worden. Die an den Werktagen auf der Wanneseebahn verkehrenden Bankerzüge, die bekanntlich zwischen Berlin und Groß-Lichterfelde-West auf den Ferngleisen verkehren und nicht halten, sind um einen Zug in den Nachmittagsstunden, ab Potsdamer Fernbahnhof 6 Uhr 18 Minuten nachmittags vermehrt worden, so daß jetzt in beiden Richtungen zwei bezügliche Züge gefahren werden. Der erste Zug auf der Wanneseebahn wird an allen Tagen nicht um 4 Uhr 55 Minuten, sondern um 4 Uhr 50 Minuten früh nach Potsdam gefahren, wo er um 5 Uhr 40 Minuten früh eintrifft. Freilich werden noch auf der ehemaligen Militärseebahn zwischen Jossen und Kammersdorf Schießplatz einige Züge eingeleitet, die den Werktagverkehr verstärken und Anschluß an die Vorortzüge Potsdamer Bahnhof-Jossen haben.

Die gefährdete Kohlenversorgung der Eisenbahnen. Infolge der durch die Ereignisse in Oberschlesien und den Bergarbeiterstreik in niederschlesischen Kohlenrevier hervorgerufenen Kohlenknappheit hat der Reichskohlenkommissar jetzt an das Reichsverkehrsministerium die dringende Mahnung gerichtet, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eine Streckung der zurzeit im Besitz der Eisenbahn befindlichen Kohlenvorräte zu erzielen, da fürs erste nicht mit einer Wiederaufnahme der Kohlentransporte aus Oberschlesien zu rechnen sei. Die Eisenbahn durch geeignete Betriebsmaßnahmen Rechnung tragen. Die Eisenbahnverwaltung hofft, durch geeignete Streckungsmahnahmen den Verkehr auch unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen in vollem Umfange aufrechterhalten zu können.

Der Schnellzugverkehr Berlin-Wien. In den nächsten Tagen findet in Wien der Internationale Straßen- und Kleinbahnkongress statt, an dem auch zahlreiche Vertreter aus Berlin und Deutschland teilnehmen. Im Zusammenhang hiermit verdient die amtliche Mitteilung hervorgehoben zu werden, daß von Mittwoch dieser Woche ab wieder täglicher Schnellzugverkehr von Berlin über München nach Wien stattfindet und daß für die Rückreise voraussichtlich normaler Verkehr auch über Passau zur Verfügung stehen wird.

13. Verwaltungsbezirk Tempelhof-Mariendorf. In der Bezirksversammlung am Mittwoch wurde vom Gen. Richter auf die durch die Presse gegangene Mitteilung von umfangreichen Prokurationschiebungen in Mariendorf die Anfrage an das Bezirksamt gerichtet, was an der Sache sei. Genosse Küter als z. H. zuständiger Ortsdeputierter antwortete, daß umfangreiche Schiebungen mit Prokuratoren vorgenommen sind, daß aber keine finanzielle Schädigung der Gemeinde um 1 1/2-2 Millionen Mark — wie behauptet wurde — erfolge. Die ganze Angelegenheit ist der Kriminalpolizei übergeben worden. Bei der Beratung des Haushaltsplanes verlangten unsere Genossen teilweise Beratung, der Antrag wurde abgelehnt, worauf Gen. Richter namentliche Abstimmung über die von ihm eingebrachten Anträge forderte. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte verließen die bürgerlichen Vertreter das Sitzungszimmer. — In der Sitzung am Freitag äußerte Müller (S. V. D.) zu den Anträgen unserer Partei zum Schulkapitel, daß seine Fraktion die Anträge ablehnen werde, weil sie nicht ohne weiteres erledigt werden können. Um den Sparmaßstabsstimmeln der Bürgerlichen und der S. V. D. auf die Probe zu stellen, die es für richtig hielten, dem Erfordern des Oberbürgermeisters doch möglichst im weitgehendsten Maße zu entsprechen, beantragte Gen. Richter, die vom Bezirksamt geforderte Summe von 120 000 M. für die erste Einrichtung des Bezirksamtes um 80 000 M. zu ermäßigen; der Antrag wurde abgelehnt, ein weiterer Antrag Richter, den Sitz des Bezirksamtes nach Mariendorf zu verlegen, um weitere 107 000 M. zu ersparen, wurde vertagt. Gen. Richter begründete seinen Antrag damit, daß in Mariendorf genügend öffentliche Gebäude zur Aufnahme des größten Teils der Verwaltung zur Verfügung stehen, während in Tempelhof Wohnungszweck benutzet werden müssen; da außerdem Mariendorf zu Ortsteil B, Tempelhof aber zu Ortsteil A gehört, könnte an Teuerungszulagen für Bezirksamtsmitglieder und Beamte allein jährlich ein Betrag von 107 000 M. erspart werden. Zum Schluß gab Gen. Richter als Sprecher der U. S. V. D. eine Erklärung ab, daß sie infolge der vielen Streichungen für notwendige kulturelle Zwecke gegen die Etatstimme. Antrag auf für die U. S. V. D. die gleiche Erklärung ab. Gegen die Stimmen der beiden Linksparteien wurde der Haushaltsplan für 1921 angenommen.

Ungewöhnliche Mädenschwärme zeigten sich am Dienstag und Mittwoch in Berlin. Sie waren am Dienstag abend so groß, daß sie allgemeines Erstaunen und sogar das Ausweichen der S. Kompagnie nach dem Wedding-Platz verursachten. Der Turm der Dankeskirche war so eingeschüllt, daß man von der Straße aus annahm, die Kirche brenne. Die Feuerwehr stellte aber bald fest, daß es sich nicht um Qualm oder Rauchwolken, sondern um Wolken von Mäden handelte. Auch an anderen Stellen zeigten sich solche Mädenschwärme von Mäden, auch Bienenschwärme wurden in der Antwerpener Str. 8, 45 u. a. Stellen beobachtet und konnten eingeleitet werden.

Verloren hat ein arbeitsloser Funktionär des Holzarbeiterverbandes am 31. Mai 1921 auf der Fahrt von Jannowbrücke bis Schleifschienen Bahnhof gegen 1 Uhr mittags eine graue Brieftasche mit einem Konto- und Markenbuch nebst Beitragsmarken erscheidener Art. Die in der Brieftasche befindlichen Papiere lauten auf den Namen W. Wegener. Da der Verlierer seit Monaten erwerbslos ist und für den Schaden zu haften hat, wird der ehrliche Finder gebeten, gegen Zurückhaltung der Unkosten das Gefundene auf dem Bureau des Holzarbeiterverbandes, Berlin, Kungelstraße 80, Zimmer 8, abzugeben.

Beim Sammeln von Granatresten verunglückt. Der Händler Herrmann aus der Nichtenberger Straße 18 verunglückte Donnerstag nachmittags beim Sammeln von Granatresten. Er hatte sich von den auf dem Gelände des Industriebahnhofs Nichtenberg lagernden Granatresten einige Zunder gesammelt, um die darin befindlichen Metalle zu entfernen. Beim Auseinandernehmen eines der Sprengkörper explodierte dieser und verletzte den Händler am Kopf, Arm und Bein so schwer, daß der Verunglückte in das Krankenhaus Friedrichshagen überführt werden mußte, wo er im bedenklichen Zustande daniiederliegt.

Distrikt Nichtenberg-Band. Eine vorläufige Distriktsleitung ist gewählt. Im Herbst wird die Generalversammlung die Vorstandswahlen erneut vornehmen. Die Abrechnungen der Marken und der sonstige Geschäftsverkehr findet vom Juni ab über den Distrikt statt. Zu Vorsitzenden wurden gewählt die Genossen Roll, Biesdorf, Bahh, Karlsruh, und zum Kassierer Genosse Lindemann, Biesdorf, Kaiserstr. 27. Als Schriftführer wurde der Genosse Lange, Karlsruh, und als Beisitzer die Genossen Schmidt, Wahlsdorf; Zeig, Kaulsdorf, und Koste, Friedrichsdorf, gewählt. Vorsitzender der Bildungskommission ist Lewa, Kaulsdorf; Vorsitzender der kommunalen Kommission Seile, Karlsruh.

Verammlungsleiter der heute abend stattfindenden öffentlichen Versammlungen werden ersucht, einen kurzen Bericht bis spätestens 10 Uhr in unsere Redaktion mittels Radfahrer zu schicken.

Gewerkschaftliches

Beamtenbund und freie Gewerkschaften

Wie kürzlich der Eisenbahnerverband, hat nunmehr auch der erweiterte Vorstand des Deutschen Transportarbeiterverbandes zu den Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Deutschen Beamtenbund über Abschluß eines Kartellvertrages Stellung genommen und einstimmig folgende Entschliessung gefaßt:

„Der erweiterte Vorstand nimmt Kenntnis von den Verhandlungen des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Deutschen Beamtenbund über Abschluß eines Kartellvertrages. Er stellt mit Bedauern fest, daß diese Verhandlungen geführt worden sind, ohne daß den Vertretern der an der Organisation der Beamten interessierten Verbände vorher Gelegenheit gegeben worden ist, sich in besonderer Verhandlung mit dem Vorstand des A. D. G. B. eingehend zu dieser für sie wichtigen Angelegenheit zu äußern.“

Der vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der gemeinsamen Sitzung vom 30. April d. J. vorgelegte Entwurf eines Kartellvertrages nimmt keinerlei Rücksicht auf diejenigen Rechte, die den Verbänden des Transport- und Verkehrspersonals bezüglich Organisation der Beamten gewährleistet sind. Durch einen Vertragsabschluß auf dieser Grundlage würde der Deutsche Transportarbeiter-Verband nicht nur erheblich geschädigt, sondern auch der Weiterbestand einzelner Gruppen und deren Aktionsfähigkeit geradezu in Frage gestellt werden.

Der erweiterte Vorstand stellt sich daher veranlaßt, gegen Form und Inhalt des Entwurfs nachdrücklich Einspruch zu erheben.“

Inzwischen hat ja der Beamtenbund erklärt, daß er sich für alle Fälle freies Entschlußrecht vorbehält, das heißt, je nach der Konjunktur bald nach rechts, bald nach links kippen will. Damit dürfte für die Gewerkschaften die Lage geklärt sein.

Kommunistische „Gewerkschaftsarbeit“

Der Landarbeiter-Verband schreibt uns: Die Gewerkschaftszentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands beruft zum 5. Juni d. J. eine Landarbeiterkonferenz nach Berlin ein. Auf der Tagesordnung steht in erster Linie der Punkt: „Der Deutsche Landarbeiter-Verband und die Aufgaben des Landproletariats“. In einem Leitartikel der „Tribüne“, dem kommunistischen Organ in Halle, das an die Stelle des „Klassenkampf“ getreten ist, wird für diese Konferenz eine lebhaftige Stimmungsmache entfaltet.

In dem bei den Kommunisten üblichen Ton wird von den Arbeitervertretern und der Bureauplatte in der Leitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes gesprochen, und die landläufigen Vorwürfe werden mal wieder durchgekauert. In dem in Frage kommenden Aufsatz wird ferner davon gesprochen, aus dem Deutschen Landarbeiter-Verband würden die Mitglieder in Scharen austreten.

Bei den Kommunisten ist der Wunsch der Vater des Gedankens. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse in dem Bezirk Halle, wo die Kommunisten im Jahre 1920 einigen Erfolg ihrer Agitation unter den Landarbeitern buchen konnten, wesentlich anders. Dort hatten die Kommunisten einen freien Landarbeiter-Verband gegründet. Schon vor den Unruhen in Mitteldeutschland machte sich in den Reihen der demselben angehörenden Mitgliedschaft eine anerkanntenswerte Ernüchterung bemerkbar, die ihre Auswirkung in einer immer stärker werdenden Uebertrittsbewegung zum Deutschen Landarbeiter-Verband fand und die bereits die Zahl von mehr als zweitausend Mitgliedern erreichte.

Um die radikale Geste zu wahren, haben die Kommunisten die Ausschaltung der Krankenunterstützung und des Sterbegeldes in ihrem Verbanden abgelehnt. In Wirklichkeit taten sie dies, weil der finanzielle Dalles groß ist. Trotz aller Beteuerungen, daß die Landarbeiter Geld an die kommunistische Zentrale schicken sollen, sind dieselben diesen Wünschen nicht gefolgt, weil sie den Fähigkeiten der Führer in der kommunistischen Landarbeiterbewegung nicht viel Vertrauen schenken.

Aus allen diesen Gründen versuchen die Kommunisten, durch eine Landarbeiterkonferenz sich wieder bemerkbar zu machen und ihr Flasche bei der Agitation durch viel Lärm nach außen zu verdecken. Der Erfolg dieser kommunistischen Agitation ist zum Teil der, daß die verheerten Landarbeiter sich der christlichen Gewerkschaft oder gar den gelben Verbänden anschließen. Der Vorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes weist in Ueberstimmung mit dem Verbandsbeirat an dieser Stelle darauf hin, daß diejenigen Mitglieder des Verbandes, die an den kommunistischen Bestrebungen, ganz besonders solchen Konferenzen, teilnehmen, aus dem Verbandsverbande ausgeschlossen werden.

Angestellte in der Sozialversicherung

In der Presse machte dieser Zeit der kürzlich ins Leben getretene „Gewerkschaftsbund der Sozialversicherungsbeamten“ viel von sich reden. Es soll immer wieder darauf hingewiesen werden, daß dieser Gewerkschaftsbund, der vom Verband der Beamten und Angestellten der Reichsanfallversicherung, dem Bund deutscher Krankenkassenbeamten u. a. gegründet wurde, ein durchaus gelbes Gebilde ist, der sich zur höchsten gewerkschaftlichen Aufgabe die Erreichung der „Beamteneigenschaft“ für alle Angestellten der Sozialversicherungsträger gestellt hat. Daß er auch geeignet sein sollte, an der Reform der deutschen Sozialversicherung tatkräftig mitzuwirken, muß außerordentlich zweifelhaft erscheinen, wenn man sich die Geistesverfassung dieser angeblichen Gewerkschaftler ansieht, die sich beispielsweise in einer Resolution dahin äußert, daß der Zentralverband der Angestellten die Krankenlasten abzugeben — man höre und laune — zu Privatangehörigen herabzurücken sich bemühe. Dieser kleine Hinweis dürfte genügen, um allen etwas freidenkenden Angestellten der Sozialversicherungsträger zu zeigen, wohin mit diesen Herrschaften die Reise gehen soll. Würde den Treibern dieser Bewegung ihr ideales Ziel, die Erreichung der „Beamteneigenschaft“ für die gesamte Angestelltenklasse der Sozialversicherungsträger gelingen, so wäre ihnen der weitere materielle Erfolg sicher, den sie dabei für sich persönlich durch entsprechende Gruppierung nach der Reichsbesoldungsordnung zu erreichen hoffen; das gewaltige Gros der Angestellten dagegen, denen allen ja nicht das Glück einer höheren qualifizierten Stellung beschieden sein kann, würde benachteiligt sein. Kein Angestellter mit etwas gewerkschaftlichem Fühlen und Denken wird auf die Leitlinie dieser eingeschlichenen Bureaufrauten kriechen und angeführt der von jeder in allen anderen Gruppen völlig unzulänglich gemachten Beamtenbesoldung sich einreden lassen, daß durch die Erreichung der „Beamteneigenschaft“ die Möglichkeiten der freiwilligen Vereinbarungen irgendwie aufgewogen werden könnten.

Lohnabbau bei der A. E. G.

Einer längeren Zuschrift entnehmen wir, daß in den Apparate-Fabriken der A. E. G., die dem neuernannten Wiederanbauamministrator Rathenau unterstehen, seit längerer Zeit schon nur 24 Stunden in der Woche gearbeitet wird. In den letzten sechs Wochen sind weiter ungefähr 1200 Personen gänzlich entlassen worden, was unnötig wäre, wenn die Herstellung der Zähler in den Werken in der Adersstraße, zunächst für das Lager, keine Unterbrechung erleiden würde. Bei einigen guten Willen soll dies möglich sein, dergleichen könnten andere Bebauungsartikel erzeugt werden. Unser Einjender glaubt aber, daß dieser eingangs geschilderte Zustand bewußt gefördert wird, um einen verheerenden Lohnabbau vorzunehmen zu können.

Dr. Walter Rathenau wird sich doch nicht gut mit diesen Plänen identifizieren können und es müßte ihm doch daran liegen, innerhalb seines eignen Machtbereichs aufzubauen. Wir hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen, daß mit den geschilderten Methoden gebrochen wird.

Zum Straßenbahnerstreik in Potsdam

In einer längeren Zuschrift des Transportarbeiterverbandes, Ortsgruppe Potsdam, deren Inhalt teilweise überholt ist, wird mitgeteilt: Durch die Vorpiegelung des Magistrats, aus dem Arbeitgeberverband auszutreten, sind schon die Kollegen von Anfang an irreführt worden. In sämtlichen Verhandlungen vor dem Magistrat ist durch den Direktor Jessinghaus die Behauptung aufgestellt worden, die Stadt Potsdam könne für die Straßenbahner auf keinen Fall einer Lohnzulage zustimmen, da die Abteilung Straßenbahn mit einem Defizit von rund einer Million pro Jahr abschließt. In der Hand von Belegen und Beispielen wurde nachgewiesen, wie künstlich das Defizit vergrößert worden ist. In einer öffentlichen Streikerversammlung, die am 31. 5. stattfand, wurden die verkehrstechnischen Anordnungen auf den Linien kritisiert, die beitragen, das Defizit zu vergrößern. Der Straßenbahner sei gegenüber den anderen Gemeinbediensteten benachteiligt und steht durchschnittlich um 125 P. monatlich schlechter. Der Streik war daher unermüdlich.

Alle Redner, einschließlich der linksstehenden Magistratsmitglieder und Stadterordneten sprachen den Streikenden ihre vollste Sympathie und Anerkennung in ihrem gerechten Kampfe aus. Die Kontrolleure, die bisher als Wächter Notstandsarbeiten vertrieben haben, sind als Antwort auf die angebliche Entlassung aus dem Betrieb gezogen worden.

Zum Streik der Mineralwasserarbeiter. Die Fabrikanten veröffentlichten in der bürgerlichen Presse eine Notiz, in der behauptet wird, daß unerlässliche Lohnforderungen gestellt worden sind und daß sich der Geschäftsbetrieb verschlechtert hat. Diese Behauptungen sind den Tatsachen nicht entsprechend. Die Unternehmer lehnten aber von vornherein jede Verhandlung ab und argumentierten mit ganz haltlosen Angaben. Die Löhne sind etwa um das Sechsfache, dagegen die Produkte um das 10-15fache gestiegen. Einzelne Arbeitgeber mochten schon über die verlangten Lohnsätze hinausgehen, der Verband lehnte dies aber abhänglich ab. Es wird ganz davon abhängen, ob diese Taktik im Kampfe weiter befolgt werden wird. Der Ruf nach der Schluß ist bereits ertönt, und besonders rühmt sich die Firma Pohl, Komintener Straße, damit, daß ihr bereitwilligst sofort Gehalt gewährt worden ist, obgleich hierzu gar keine Veranlassung vorlag. Trotz der großen Arbeitslosigkeit werden daselbst Handwerker, die tagsüber anderweitig voll beschäftigt sind, in diesem „Küsterbetriebe“ nach Feierabend zu besonderen Arbeiten herangezogen. Andere Unternehmer haben ihren Arbeitern erklärt, daß mittels Einschreibebriefes das Arbeitsverhältnis gelöst werden wird. Die Streikenden werden diesen „Bluff“ aber weiter nicht tragisch nehmen. Die Streiklokale befinden sich für den Osten bei Jessara, Reichsstr. 15, Wpl. 1548; für den Süden bei Bientke, Boppstr. 1, Wpl. 10533; für den Norden bei Kersin, Panstr. 60, Wpl. 6344; für den Westen bei Peirre, Rehringstr. 9, Wpl. 1821.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Die Urwahl vom 28. Mai zur Verantwortung der drei Fragen über die Beschickung des Weltkongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale am 1. Juli 1921 hatte folgendes Ergebnis: Es wurden abgegeben insgesamt 5395 Stimmzettel. Für Frage 1 stimmten mit Ja 2119, mit Nein 3184 Stimmen, für Frage 2 mit Ja 2120, mit Nein 3186, für Frage 3 mit Ja 2116, mit Nein 3187, unpolitisch 78 Stimmen, somit sind die drei Fragen abgelehnt. Protokoll sind nicht eingelaufen. Wahlleiter A. Lippoldt.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission. Die am 31. Mai im Lokale der Wm. Arndt, Kanstr. 51, tagende Delegiertenversammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission befaßte sich mit der Frage einer erneuten Agitation für die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft „Volkswärter“. Sodann behandelte der Obmann, Genosse Fleeming, die Frage der Notwendigkeit der Errichtung eines Zentralgewerks und Kaufmannsgerichts für die neue Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Er ersuchte die Genossen, die noch an dem alten Gedanken der Erhaltung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts am Orte hängen, diesen lassen zu lassen und sich an die Zentralisation zu gewöhnen. Im Hinblick auf die neue Bewegung reaktionärer Kreise, die sich „Los von Berlin“ benennen, ist es eine moralische Pflicht der Arbeiterklasse, ihrerseits Hindernisse der Zentralisation nicht in den Weg zu legen. Als Vertreter in das Kuratorium für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen wurden die Genossen Behrendt und Fleeming und in den Ausschuss für Außerpeisung der Genosse Sommer aufgestellt.

Fahrpreiserhöhung! Im Interesse der Kollegen, welche von obiger Erhöhung betroffen werden, ersuchen wir, Delegationen, bestehend aus 1-2 Betriebsräten der Metallbetriebe zu Freitag dem 3. 6. 1921, abends 7 Uhr, nach dem Verbandshaus, Vintnersstraße, zu entsenden. Betriebsrat Schwarzkopff, Widau.

Parteiveranstaltungen

Freitag, 3. Juni
28. Verwaltungsbezirk. Öffentliche Versammlung im Bürgergarten Reichsstr. 80, Panstr. 82.
2. Bezirk. Sitzung. Die Städtischen Genossen nehmen an der Versammlung im Schöneberg teil.
2. Bezirk (S. V. D., Wedding). Die Parteigenossen besuchen vorzugsweise die Versammlung in den Germania-Sälen.

Sonnabend, 4. Juni
Verwaltungsbezirk Wedding. Täglich 6 Uhr Bezirksvorstand und kommunale Obleute im Bürgergarten, Sitzungszimmer, Reichsstr. 80.
Verwaltungsbezirk Charlottenburg. Abends 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung der 2. Abteilung bei Wm. Arndt, Kanstr. 51.
13. Verwaltungsbezirk (Mariendorf). Tempelhof, Kistenstraße, Mariensfeld. Abends 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Streiter, Mariendorf, Scheuflerstr. 27. Abteilungsleiter genaue Bescheid der Funktionäre mitbringen. Der engere Vorstand trifft sich um 7 Uhr im selben Lokal.
2. Bezirk. Anfahrtskarte auf dem Tempelhofer Feld an der August-Kolonne, von 4-6 Uhr. Gleichzeitig Besprechung der nächsten Wanderversammlung. Beisitzerinnen einbringen.
6. Bezirk. Söner-Über U. S. V. 7 Uhr Sitzung bei Dreife, Schreinerstr. 16. Teilnahme neuer Mitglieder, vorgemerkt werden gebeten, zu erscheinen. Sangeskreisliche Genossen sind willkommen.
Freie Lehrer-Gewerkschaft. 7 Uhr Rathaus, Zimmer 68, Geschäftsitzung. 1. Wahltag Entscheidung über Parteizentrum. 2. Jung-Lehrer-Fragen.

Sonntag, 5. Juni
Germersdorf. Waldmännchen. Kinderausflug, Märchenvorlesung und Spiel im Walde. Treffpunkt 1/2 Uhr, Kaiser-Platz, Germersdorf.

Vereinskalender

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Wöchentlich 6 Uhr Sonntag nachmittags zum Besuche von 7 Uhr zu Montag, den 6. Juni, im Großen Schöneberg, sich auf dem Bureau nach zu haben. Die Disziplinarverwaltung.
Soz. Arbeiterjugend, Abteilung Bauwesen. Das Jugendheim Schulstraße 14/16 lädt uns jeden Donnerstag und Sonnabend von 7-10 Uhr zur Verfügung.

Freitag, 3. Juni
Deutsche Arbeitergenossenschaft. Abends 7 Uhr Versammlung im Bürgergarten bei Rathenau, Reichsstr. 80. Thema: „Die Stellung der Frau zum Sozialismus.“ Referent: Fräulein Alwine Weismann.

Sonnabend, 4. Juni
Deutscher Arbeiter-Verband. Kollegen und Kollegen, Betriebsräte, Vertrauensleute, Funktionäre und Vertrauensleute sämtlicher Volkshilfen im Reichsbezirk Charlottenburg. Abends 6 Uhr Sitzung im Gewerkschaftsbau, Schöneberg 14-16, Gosl 1.
Deutscher Transportarbeiter-Verband. Chemische Branche. Untergruppen Chemischer Großhandel, Mineralöl und Fett. Abends 7 Uhr Versammlung im Lokal von Wilhelm Schulz, Elisabethstr. 30 (Nähe Wriezener-Passage). Besprechung des Schiedspruchs betreffs unserer Tarifverhandlung. Jeder Betrieb nach möglichem zwei Vertreter entsenden.
Soz. Arbeiterjugend Groß-Berlin. 7 Uhr treffen sich alle Jugendgenossen mit Instrumenten. Übung zur Sonnenwendfeier im Jugendretreatorium, Breite Str. 68.

Sonntag, 5. Juni
Soz. Arbeiterjugend Groß-Berlin. 7 Uhr Lehrgangsstunde des Chors im Arbeiter-Gildensaal, Breite Str. 64.

Un das Proletariat!

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands verendet folgenden Aufruf:

Wieder herrscht der Terror über Sowjetrußland. Die Arbeiter- und Bauernmassen, deren Vertrauen zu der Bolschewistenregierung immer mehr schwindet, verlangen freie Wahlen zu den Räten, Unterordnung der Regierung den Sowjets, — kurz, die Verwirklichung der Sowjetverfassung, die während der ganzen 3 Jahre nach ihrer Proklamierung noch keinen einzigen Tag in Kraft war.

Die bolschewistische Regierung, die jedes, auch das friedlichste Auftreten der Massen unterdrückt, hat einen neuen Ausrottungskreuzzug gegen die Sozialdemokraten, Sozialisten-Revolutionäre und Anarchisten angelegt, d. h. gegen jene organisierten politischen Kräfte, die es den revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen ermöglichen, ihrer berechtigten Protestbewegung Ausdruck zu geben und sie somit in das Bett eines organisierten Kampfes zu lenken.

Im Laufe der letzten 3 Monate sind in Rußland von der Sozialdemokratischen Partei allein bis 2000 Mitglieder verhaftet worden. Es wird jeder, wenn auch sonst politisch inaktive Arbeiter eingekerkert, von dem man weiß, daß er im Besitze einer Mitgliedskarte ist. Dieselben Massenaushebungen treffen auch andere revolutionäre Parteien.

Die Gefängnisse sind überfüllt. Im Petersburger Vorunter-suchungsgefängnisse kommen auf jede Einzelzelle bis 7 Sträflinge. Die Bedingungen, unter denen dieselben schmachten, überrufen an Grausamkeit und hygienischer Verwahrlosung alles, was unter dem Zarismus bekannt war.

Die Eingesperrten werden auch regelmäßigen moralischen Folterungen ausgesetzt. Genosse F. Dan zum Beispiel, einer der ältesten und verdienstvollsten Führer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, wurde in dem Petersburger Gefängnis um 3 Uhr nachts gewedt, und mit ihm wurde das grausame Spiel der Abführung zur Erschießung abgehalten. In der Tat wurde er in die unter dem Zarismus berühmt gewordene Kammer der Peter-Pauls-Festung überführt. Ebenso ist man mit den anderen einmündigen Gefangenen verfahren. Ihre Frauen haben tagelang nicht erfahren können, was mit ihren Männern geschehen ist, und von den Gefängnisverwaltungen erhielten sie die Auskunft, daß allen äußeren Merkmalen nach, ihre Männer erschossen seien.

Anderen Verhafteten wird die Befreiung in Aussicht gestellt, jedoch unter der Bedingung, daß sie falsche Aussagen über nicht existierende „Komplotte“ machen.

Mancherorts — so in Odessa — geht den Massenverhaftungen eine Verteilung gefälschter Urkruse voraus, in denen die Massen angeblich von den sozialistischen Organisationen zu einem „Putsch“ aufgefordert werden. Diese propagatorischen Fälschungen sind das Werk der „Außerordentlichen Kommissionen“ — der Organe der Bolschewistenpolitik.

Die ungeheuerlichen Verhältnisse des Gefängnisdaseins führen zu lebensgefährlichen Erkrankungen. So starb an Fleck-Typhus der alte Kämpfer der russischen Sozialdemokratie Genosse Boris Batursky, der sich diese Krankheit im Gefängnis zugezogen hatte. Der stark schwindsüchtige Genosse Karadin wurde trotz der Forde-rung der Ärzte nicht befreit und mußte im Gefängnis sterben.

Zur Verzweiflung gebrachte Gefangene greifen oft zum äußersten Mittel des Hungerstreiks. Ein derartiger Streik in Moskau, der 16 Tage dauerte, endete mit dem Tode des Sozialrevolutionärs Tarabukin.

Diese Greuel erreichten ihren Höhepunkt in der Nacht vom 25. April den 26. April d. J., als die Polizei auf Befehl der Zentral-regierung 300 Sozialisten und Anarchisten, die in dem Moskauer Butyrki-Gefängnis aus allen Ecken Russlands zusammengebracht waren, in laibbüttig organisierter Weise aufs grausamste verprügelte.

In diesem Gefängnis hatten die politischen Gefangenen nach langen und hartnäckigen Kämpfen ein anständigeres und freieres Regime durchgesehen. Noch unlängst hat die „Pravda“ in langen Ausführungen die Zustände in diesem Gefängnis und somit die Humanität der Bolschewistenregierung verherlicht. Die ausländischen Kommunistenblätter druckten diese Ausführungen ab, um dadurch die Behauptungen über den Terror der russischen Regierung zu widerlegen. Sie verschwiegen aber dabei, daß diese Zustände

nur in einem einzigen der Hunderte von russischen Gefängnissen — nämlich in dem Butyrki-Gefängnis in Moskau aufzufinden sind. Doch bald nach den Veröffentlichungen in der „Pravda“ kam der Befehl, alle 300 politischen Gefangenen aus dem Butyrki-Gefängnis wegzutransportieren.

In der Nacht zum 25. April drangen in das Gefängnis einige hundert vom Kopf bis zu den Zehen bewaffnete Polizisten und eine Kompanie Soldaten ein. Sie wackten die Insassen, befahlen ihnen, sich anzukleiden und mitzukommen. Das Schlimmste ahnend, verlangten die Häftlinge eine Erklärung und Vorweisung eines entsprechenden schriftlichen Befehls von Seiten der Regierung. Hierauf stürzten sich auf jeden Gefangenen bewaffnete Männer, verprügelten sie mit Häuten und Gewehrkolben und schlepften sie in bloßer Nachtwäsche auf den Hof. Frauen, darunter mehrere Schwere, zerrte man halbnaakt an den Haaren die Treppe hinunter, ihnen ebenfalls Kolbenschläge verziehend. So verschleppte man 300 Sozialdemokraten, rechte und linke Sozial-Revolutionäre und Anarchisten in die graufigsten und schmutzigsten Gefängnisse der Provinz. Dort sind sie zerstreut und der Henkerwillkür aus-gesetzt.

Das ist das Bild der gegenwärtigen Lage der Gefangenen der Bolschewisten-Regierung. Es bestehen jedoch Gründe, zu befürchten, daß dies erst der Anfang ist. In seinen letzten Artikeln verurteilt Lenin eine „schonungslose“ Verfolgung der Sozialisten. Zu Hunderten werden — trotz der Proteste der Petersburger Arbeiterpartei — die Kronstädter Matrosen, die man zu einem bewaffneten Aufstand provoziert hatte, niedergeschossen. Mit der gewohnten Grausamkeit versucht man die Ketten der zur Verzweiflung getriebenen Bauern zu unterbrechen. Lenin, der den Beschluß gefaßt hat, seine kommunistische Politik preiszugeben und sich durch Konzessionen an fremde und russische Kapitalisten und Spekulanten an der Macht zu erhalten, stößt auf den Widerstand der an die Utopie eines sofortigen Kommunismus glaubenden Mitglieder seiner Partei. Um die kommunistische Masse von seiner nunmehr opportunistischen „hohen Politik“ abzulenken, lenkt er deren Haß gegen die Sozialisten und hegt sie planmäßig gegen diese auf. Das sind die machtwortvollsten Beweggründe der gegenwärtigen Massenverfolgungen.

Indem wir diese vor dem internationalen Proletariat ent-larven, fordern wir Euch, Genossen, nicht auf, auf die Moskauer Diktatoren irgendwie einzuwirken. Es ist uns allen wohl bekannt, was sie sich aus der Meinung der internationalen Arbeiterpartei machen. Doch wir wollen unsere Pflicht den Märtyrern der russi-schen Arbeiterbewegung gegenüber erfüllen. Das soll auch Eure Pflicht sein, Genossen! Diese Pflicht der proletarischen Solidarität verlangt von allen politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, daß sie den russischen Genossen — die als Opfer eines verbrüderlichen Terrorismus gefallen sind — zu Hilfe kommen.

Not und Hunger herrschen in den bolschewistischen Gefängnissen. Die Not herrscht in den Familien vieler Tausende eingekerkelter Sozialisten.

Wir fordern alle Partei- und Gewerkschaftsorgane auf, nach Möglichkeit Sammlungen zu veranstalten zur Unterstützung der in den bolschewistischen Gefängnissen schmachtenden Sozialisten und ihrer Familien.

Mögen diese über ganz Europa gesammelten Arbeitergroschen zu einer sprechenden Anklage gegen diejenigen werden, die die Vertreter der durch sie gespaltenen und im Bruderkampf sich auf-zehrenden russischen Arbeiterpartei martern und peinigen.

Inmitten der Festlichkeiten, die zu Ehren des dritten Kongresses der kommunistischen Internationale, dieses modernen Jesuitenordens, der sich die Zerlegung der internationalen Arbeiterpartei zum Ziele gemacht hat, veranstaltet werden, sollen die russischen Proletarier-Sozialisten erfahren, daß ihre europäischen Mitbrüder lebhaften Anteil an ihrem traurigen Schicksal nehmen.

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, die Genossen R. Abramowitsch und L. Martow, bitten, die Spenden zugunsten der in den bolschewistischen Gefäng-nissen Eingeschlossenen und ihrer Familien an die Redaktion des „Sozialistischen Boten“, Berlin C 2, Breite Str. 8 D, zu senden. Berlin, den 28. Mai 1921.

R. Abramowitsch. L. Martow.

Die Tragödie des armenischen Volkes

Der Mordprozess an Talaat Pascha

Gestern hatte sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin der armenische Staatsangehörige Salomon Teikrian wegen Tötung des führenden türkischen Großwesirs Talaat Pascha zu verantworten. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Lehmann. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Gollnich. Die Verteidigung war vertreten durch die Rechts-anwältin Justizrat von Gordon, Berthauer und Dr. Niemayer (Kiel). Als psychiatrische Sachverständige fungierten u. a. Professor Lippmann, Prof. Cassirer und Professor Förster. Auf Antrag der Verteidiger wurden zur Charakteri-sierung der Zustände in Armenien und der Ursachen der Massaker zugelassen Professor Lepius und Liman von Sanders. Der Angeklagte spricht nicht deutsch und muß sich durch zwei Dolmetscher verständlich machen. Nur ein kleiner Teil des Publikums findet Einlaß. In großer Anzahl ist die armenische Kolonie in Berlin vertreten. Unter den Zeugen befinden sich die Frau von Talaat Pascha und der armenische Bischof Basakian.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Angeklagte sich des vor-läufigen Wortes an Talaat Pascha schuldig bekennt, erwidert Teikrian mit einem „Nein“. Sein Gewissen sei rein. Wie un-mittelbar nach dem Worte, so empfinde er auch jetzt Befriedigung über seine Tat. Ausführlich schildert er die Ursachen, die ihn zur Tat führten, und deren nähere Umstände. In Erzjan 1897 als Sohn eines wohlhabenden Kaufmannes geboren, wurde er 1915 gemeinsam mit seiner ganzen Familie, aus Vater, Mutter, drei Schwestern und zwei Brüdern bestehend, mit Hunderten von anderen Einwohnern von den türkischen Behörden deportiert. Unterwegs wurde die ganze Kolonne von der begleitenden Gen-darmarie ausgeplündert und massakriert. Seine Schwester wurde verschleppt und vergewaltigt, sein Bruder wurde durch einen Weichhieb der Schädel in zwei Teile gespalten. Er selbst bekam auch einen Hieb und wurde davon bewußtlos. Als er wieder aufwachte, befand er sich unter Leichen und entdeckte dabei auch die Leiche seines Bruders. Als er späterhin, genesen von seinen Wunden, nach seinem Heimatsort zurückkehrte, und sein Geburts-haus in Trümmern fand, brach er bewußtlos zusammen. Hier hatte er den ersten der Anfälle, die sich in späteren Jahren häufig wiederholten. Nun folgte die lange Periode seines Nomadenlebens. Erst in Serbien, dann in Griechenland, Tiflis, Paris, und schließlich seit Dezember 1920 in Berlin, findet er nirgends Ruhe, ist behändig von den Vorstellungen der Niederemehlung seiner Familienangehörigen geplagt. Seines kranken Zustandes bewußt konfliktiert er immer aufs neue die Ärzte.

Nach Berlin kommt er in der Absicht, technische Studien zu treiben. Er fühlt sich aber so krank, daß er gezwungen ist, Ende

Februar seine deutschen Sprachstudien aufzugeben. Prof. Cassirer und Dr. Haake stellen seine Anfälle als Epilepsie fest. Angeführt vier Wochen vor der Tat begegnet er auf der Straße Talaat Pascha, dessen Anwesenheit in Berlin er nicht vermutet, und den er nach den Bildern erkennt, die er früher in Zeitchriften gesehen hat. Stärker als früher beginnen ihm die Vorstellungen der mit-erlebten Massaker und der Niederemehlung seiner Angehörigen zu bedrängen. Schon vor der Begegnung mit Talaat Pascha führen diese Vorstellungen zu Anfällen, die mit einem Reizengeruch verbunden waren. Nun erschien ihm wie in einem Traumbilde seine Mutter und spricht zu ihm die verhängnisvollen Worte: „Du hast gesehen, daß Talaat Pascha hier ist und bist indifferent geblieben; du bist nicht mein Sohn.“ Der Entschluß, Talaat Pascha zu töten, wird gefaßt. Er bezieht ein Zimmer in der Hardenbergstr. 37, gegenüber dem Hauke Nr. 4, in dem Talaat Pascha seine Wohnung inne hat. Noch immer schwankt er in dem Entschluß. Je stärker die Depression, um so fester der Vorsatz. Als er am 15. März Talaat Pascha aus seiner Wohnung treten sieht und ihm wieder das Bild der grausigen Ermordung seiner Angehörigen vor seinen Augen entsteht, greift er zum Revolver, häuft die Straße hinunter, überholt Talaat Pascha, vergewissert sich seiner Person, geht zu-rück und jagt ihm die Kugel in den Kopf. Vom Publikum gepöbelt und zur Rede gestellt, sagt er: „Ich bin Armenier, das ist ein Töten, und Deutschland hat keinen Schaden.“ Vor dem Unter-suchungsrichter drückte er seine Befriedigung über die Tat aus.

Seine als Zeugin vernommene Witzein bezeichnete den Ange-klagten als angenehmen, jedoch nervösen und unter melancholischen Stimmungen leidenden Menschen. Seine Freunde, Armenier, schil-dern keine Anfälle, keine beständige Unruhe und seine Unlust gegen-über Unterhaltungen, die die armenischen Massaker zum Inhalt hatten. Erschütternd ist die Schilderung einer ähnlichen Weisheit durch den Zeugen Sibaschia, als er im Juli 1915 mit Tausenden von Armeniern, 500 Familien eingeschlossen, in die Wüste deportiert werden sollten. Von 21 Mitgliedern seiner Familie sind nur drei am Leben geblieben. Die Niederemehlung fand unterwegs in gewissen Zwischenräumen statt. Zuerst wurden 500 junge Leute zu-sammengebunden und vor den Augen aller anderen ins Wasser ge-würzt. Dann wieder wurden die Männer von den Frauen getrennt und ihnen die Köpfe mit Weichhieben abgehauen, zuletzt wurden die Frauen vergewaltigt. Den Schwangeren wurde die Leibes-frucht ausgeschneitten; Frauen, die nicht zu Willen sein wollten, hin-gemordet.

So unwahrscheinlich erscheint die Aussage der Zeugen, daß Pro-fessor Lepius sofort eingreifen muß, um die Wahrscheinlichkeit dieser Aussagen zu bestätigen. Sein Gutachten übertrifft bei weitem die Berichte der Augenzeugen. Von 1 850 000 Armeniern in der Türkei sind auf grausamste Weise 1 Million niedergemetzelt worden. Offiziell handelte es sich um eine Deportierung in die Wüste, in Wirklichkeit lautete ein Telegramm an Talaat Pascha, „das Verhängnis ist das Nichts“. Die nicht niedergemetzelt wurden, starben an Hunger und an Erschöpfung. Es handelte sich um eine administrative Maßregel, um das Volk zu vernichten. Der politische Grund war die Furcht der türkischen Regierung vor

einer Selbstbefreiung Armeniens. Genährt wurde dieses My-thos durch das diplomatische Spiel Englands und Russlands im Kaukasus und Asien. Auch wirkte hier die islamistische Idee: in die Türkei gehören nur Mohammedaner. Die Gendarmerie, aus dem Abguss des Volkes bestehend, kam gerne dem Befehle der höheren Behörden nach, plünderte und mordete. Höhere Beamte, die dem Befehle des jungtürkischen Komitees mit dem Minister des Innern Talaat Pascha und dem Kriegminister Enver Pascha an der Spitze nicht nachkommen wollten, wurden abgesetzt und selbst ermordet.

Liman von Sanders ergänzt in knappen Worten das erschöpfende Gutachten Professors Lepius. Er hält es für angebracht, die deut-schen Offiziere in der Türkei gegen die Anschuldigungen der aus-ländischen Presse in Schutz zu nehmen, und behauptet, daß von deutschen Offizieren trotz eventueller höherer Befehle nicht nur keine Maßregel gegen Armenien ergriffen worden ist, sondern überaus, wo es nur möglich war, Massaker vorgebeugt wurde. Bischof Basakian ward selbst 1915 ein Opfer der Deportation; er wurde mit 390 Intellektuellen aus Konstantinopel nach Asien ver-bannt. Nur 16 von seinen Leidensgenossen blieben am Leben. Er selbst verdankt seine Rettung der Rücksicht der türkischen Be-hörden und deutschen Ingenieuren, die ihm Unterkunft gewährten und ihm weiterhalfen. Er will mit eigenen Augen bei einem be-freundeten höheren türkischen Beamten in seinem Verbannungs-ort ein Telegramm, von Talaat Pascha unterzeichnet, folgenden Inhalts gesehen haben: „Telegraphieren Sie, wieviel sind schon tot, wieviel noch am Leben.“ Auf die Frage des Verteidigers, ob die Armenier allgemein Talaat Pascha als Urheber der Armenier-greuel halten, antwortet der Bischof, daß es nicht nur die Meinung sei, sondern ganz unüberlegliche Tatsachen entspreche. Um den endgültigen Beweis zu liefern, daß es sich hier nicht nur um die subjektive Auffassung der Armenier handelt, sondern um eine ob-jektive festgestellte Tatsache, erucht die Verteidigung um Verlesung von fünf Depeschen, von Talaat Pascha unterzeichnet, aus denen u. a. hervorgeht, daß von Talaat Pascha sogar der Befehl gegeben wurde, auch aus den Waisenhäusern die Kinder zu ent-fernen, da sonst in Zukunft aus ihnen schädliche Elemente werden könnten. Da der Staatsanwalt und auch die Geschworenen es für selbstverständlich erklären, daß der Angeklagte allen Grund hatte, Talaat Pascha für den einzigen Urheber nicht nur des Unglücks seiner Familie, sondern der ganzen Armeniergreuel zu halten, so sah die Verteidigung sich imstande, von der Verlesung der Depeschen abzulehnen.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Von dem Verhör der übrigen Zeugen der armenischen Greuel wurde Abstand ge-nommen. Zu Wort kommen die medizinischen Sachver-ständigen. Sie sind einig darin, daß es sich um ein durch das schauerliche Erlebnis erworbene schwere Psychopathie handelt. Die Anfälle sind nicht rein epileptischer Natur. Das erste Mal durch den Anblick seines in Trümmern liegenden Geburtshauses ausgelöst, wiederholen sie sich später jedesmal, sobald die Vor-stellung von dem schrecklichen Ereignis ihm überwältigt. Uneinig waren sie nur über die Stärke dieser Zwangsvorstellung und ihres Einflusses auf seine Tat. Jedoch konnten Hemmungen, die ihn von der Ausführung der Tat abhalten sollten, nicht leicht bei ihm entstehen. Während einige von den Sachverständigen die Mög-lichkeit einer freien Willensbestimmung, wenn auch in außer-ordentlich vermindertem Grade, für möglich halten, bekennt da-gegen Professor Förster aus Entschiedenheit eine solche Mög-lichkeit.

Darauf wurde die weitere Verhandlung auf Freitag ver-zagt. Bezeichnend für die Auffassung der armenischen Kolonie in Berlin ist der folgende kleine Vorfall. Als bei der ersten Vernehmung am 16. März der auch jetzt bei der Sitzung anwesende Dolmetscher dem Angeklagten Schololade und Konfekt brachte, rügte es der Untersuchungsrichter mit den Worten: „Was, Sie bringen dem Mörder noch Konfekt?“ Die Antwort war: „Was Mörder! Für uns ist er ein großer Mann!“

Tagung der deutschen Bergarbeiter

k. Siehen, 1. Juni.

Vierter Verhandlungstag.

Vorsitzender Waldhecker bringt ein Schreiben von Funk-tionären und Angestellten des Bergarbeiterverbandes im ober-schlesischen Gebiet. Es enthält eine Schilderung der dortigen ent-sehlichen Zustände, die lebhaftste Furore der Delegierten auslöste. Die in Oberschlesien gewählten Delegierten sind durch den bewaffneten Aufstand polnisch-nationalistischer Korsanttruppen am Erscheinen verhindert. Besonders lebhaft Bewegung unter den Delegierten löst die Mitteilung aus, daß sich auch polnische Arbeiterführer an der Spitze der Aufstandsbewegung befinden. Die ober-schlesischen Kameraden bitten dringend um Hilfe und Ein-greifen der Amsterdamer Internationale.

Ein weiteres Glückwunschschreiben ist von den Kameraden aus Deutsch-Oesterreich eingegangen.

Sobald wird in der gestern begonnenen Aussprache über die Tätigkeitsberichte fortgesetzt.

Um brei als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert, daß die Bergarbeiter energischen Pro-tekts gegen das Vorgehen der Kallindustriellen erheben. Diese Unternehmer hätten im Auslande

unermessliche Gewinne

erzielt und wären wohl in der Lage, die Lohnerhöhungen zu ge-währen und auch der deutschen Landwirtschaft billigeres Kalf zu liefern. Die Aufmerksamkeit der Deffentlichkeit müsse darauf gelenkt werden, wenn mit Schiedsprüchen des Arbeitsministeriums Schindluder getrieben werde. Man müsse sich scharf gegen die Bemühungen der Regierungen einzelner Länder wenden, die die Schaffung eines Gesetzes über die Schlichtzeit zu erzögern ver-suchen.

Bezüglich der Frankensöhne im Saargebiet weist Umbreit auf die wirtschaftliche und politische Seite derselben hin und erklärt, daß durch die Frankensöhne es unmöglich sein würde, die Produkte des Saargebietes in Deutschland abzulegen, das dann gezwungenermaßen sich auf den westeuropäischen Markt einstellen müsse.

Umbreit gibt noch Kenntnis von der Verlesung des Saargebiets zu Informationszwecken des französischen Gewerkschaftsführers Merrheim, der vor der Saararbeitserschaft ausgeführt habe: Wenn ihr französisch werden wollt, dann müht ihr euch für die Frankensöhne erklären, wenn ihr aber deutsch bleiben wollt, dann müht ihr euch für die Markwährung einsehen.

Brück schildert die Verhältnisse im französischen Saararabien und wünscht, daß die übrige Kollegenchaft niemals unter solchen Verhältnissen leiden und leben müsse. Die kommunistischen Mitglieder seien zu den Syndikalistinnen und Unionisten über-gelockt.

Weiße-Essen: Wir wollen nicht nur Grüße und Wünsche der Ministerien, sondern tatkräftige Hilfe und Unterstützung.

Lagermann-Wörz: Wir haben Vertrauen zu dem Vor-stands und blägen seine Taktik. Der Fall des alten bewährten Kameraden Zimmer war nur möglich durch die kommunistischen Auertreibereien und Unterminierungsarbeiten. Wir lassen un-sere stolzen mächtigen Bau, den Bergarbeiterverband, den wir in jahrzehntelanger mühsamer Arbeit ausgerichtet haben, nicht fälschen. Wer Hand an ihn legt, muß raus. (Leb. Beifall.)

Baumeyer vom Internationalen Arbeitsamt in Genf gibt eine Schilderung der Zwecke und Ziele dieser Institution. Sie bilde eine überstaatliche Organisation für Sozialpolitik. Das Inter-nationalische Arbeitsamt habe es sich zur Aufgabe gemacht, den Arbeiterkongress in allen Ländern einheitlich zu gestalten. In Deutsch-land sei ebenfalls eine Zweigstelle des Internationalen Arbeits-amtes gegründet worden, die unter der altbewährten Leitung des früheren Gewerkschaftsführers Schilde stehe.

Die weitere Diskussion bringt keine neuen Momente. Nach-dem im ganzen 29 Redner zu den Geschäftsberichten gesprochen haben, wird Schluß der Debatte beantragt und auch ange-nommen. Der Verbandstag nimmt dann noch die Schlusssätze der Berichterstatter entgegen.